

Bewegung für Sozialismus
FÖJ

offensiv links

5 Juli/August

- 11 ARBEITSHETZE -
EINMAL ANDERS
- 12 ARBEITSKÄMPFE
IN ÖSTERREICH
- 20 MIETER
GEGEN SPEKULANTEN
- 21 ZUR FRAGE
DER KÄRNTNER SLOWENEN
- 28 INTERNATIONALE
NACHRICHTEN

ÖGB - Führung und Unternehmer einig:

Streik ist ein Verbrechen

Die Bedeutung des Hukla-Streiks

Akkord ist gut für Klausner

Als der westdeutsche Unternehmer Hugo Klausner (Hukla) 1971 die Produktion von Polstermöbeln im Werk Oberlaa begann, brachte er aus der BRD sein Akkordsystem mit. Bis heute weiß keiner der Hukla-Arbeiter wie dieses funktioniert, wie die Vorgabezeiten berechnet werden. Sie wissen nur: es ist gut für Klausner und schlecht für sie.

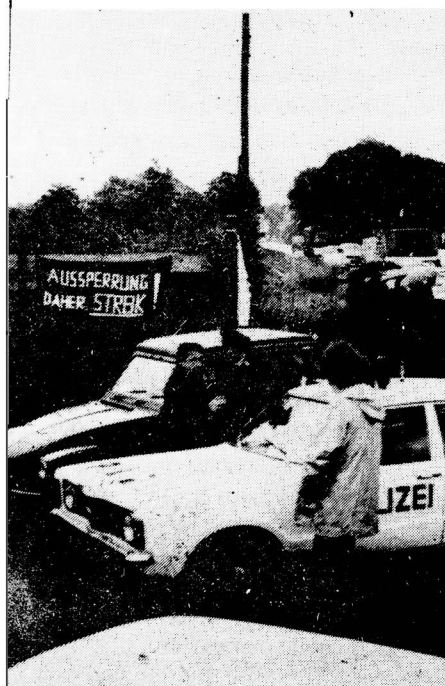
Der durchschnittliche Stundenverdienst der Näherinnen im Betrieb liegt bei S 24,42; einzelne Frauen kommen durch besondere Akkordschinderei auf S 32, - bis S 34, -. Dies ist aber wegen der Beanspruchung der Augen, der Nerven und des Gesamtorganismus nur für kurze Zeit möglich. Eine der Betriebsrätinnen, selbst Näherin sagte: "Wenn ich ein Monat lang den Spitzenakkord halte,

dann bin ich so fertig, daß es daheim ständig Streit gibt und im nächsten Monat falle ich auf S 25, - zurück."

Die Firma dagegen fährt sehr gut mit dem Akkord. Der Jahresumsatz beträgt immerhin 100 Millionen Schilling; das liegt deutlich über dem Pro-Kopf-Durchschnitt in der Möbelbranche Österreichs. Der österreichische Direktor übernahm den deutschen Akkord, zwang ihn den österreichischen Arbeitern auf und weigerte sich, dem Betriebsrat die Möglichkeit zu geben, die Richtsätze und Vorgabezeiten zu kontrollieren. Im österreichischen Betriebsrätegesetz heißt es: (§ 14, Abs. 2) "Akkord-Stück- und Gedingelöhne, akkordähnliche und sonstige leistungsbezogene Prämien und Entgelte... können, soweit sie nicht durch Kollektivverträge geregelt sind, rechtswirksam nur mit Zustimmung des Betriebsrates geregelt werden."

Aber was schert sich ein deutscher Kapitalist und sein österreichischer Direktor (der SPÖ-Mitglied ist) um unsere Gesetze.

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

Mehr als zwei Jahre war solch ein Vertrag nicht möglich und die Gewerkschaft war nicht willens den Hukla-Arbeitern ernstlich zu helfen.

Erst als Hukla auch dazu übergang, sich nicht um die Kollektivvertragslöhne zu scheren und gewerkschaftliche Maßnahmen mit fristlosen Entlassungen zu beantworten, ließ sich die Gewerkschaft herbei – nachdem den Arbeitern die Geduld gerissen ist – etwas zu tun.

Die Unterstützung durch die Gewerkschaft

Der Streik wurde offiziell anerkannt. Doch wie schaute die Unterstützung aus, was taten die SP-Spitzenfunktionäre um den Sieg der Arbeiter in diesem Arbeitskonflikt zu erreichen. Die Liste der positiven Taten ist sehr kurz:

Die Bau- und Holzarbeitergewerkschaft zahlte Streikunterstützung aus. Für Frauen S 565,- pro Woche, für Halbtagskräfte rund S 200,- und für Männer knapp über S 600,-.

Damit ist die Liste beendet.

Was taten die Gewerkschaftsbürokraten noch:

Sie versuchten den Kampf bei Hukla isoliert zu halten. Von Anfang an beschwören sie die Betriebsräte, dafür zu sorgen, daß nichts an die Öffentlichkeit dringt.

Sie versprachen einen Dolmetscher, sowie einen Lautsprecherwagen zu schicken, damit man mit den jugoslawischen Kollegen sprechen könne. Beides geschah nie.

Sie weigerten sich, die anderen Betriebe der Branche zu informieren, sie hintertrieben jede Form der Solidarisierung.

Sie weigerten sich, Streikposten zu stellen, um dann die Kollegen, die aus eigenem Antrieb oder durch die Gewerkschaftliche Einheit organisiert halfen, besser verleumden zu können.

Sie verhandelten mit dem Unternehmer, ohne darauf zu dringen, daß die Betriebsräte zugezogen werden.

Fortsetzung auf Seite 3

offensiv links

Linke, Sozialisten, Kommunisten wissen oft zu wenig von ihren unterschiedlichen Problemen und Auffassungen, auch von den Problemen und Meinungen der Arbeiter, Angestellten, Schüler und Studenten.

Die Arbeiter, Angestellten, Schüler und Studenten wissen wenig oder gar nichts von den Problemen und Auffassungen der Linken, Sozialisten und Kommunisten und wenn sie einmal etwas hören, was sie interessieren könnte, verstehen sie nicht die Sprache der Linken.

"offensiv links" will hier eine Lücke füllen, die Kluft zwischen alter und neuer Linken überbrücken helfen.

Den Graben zwischen Linken, Sozialisten und Kommunisten auf der einen Seite und den Arbeitern und Angestellten, Schülern und Studenten auf der anderen Seite zu schließen.

Durch breite, verständliche und aktuelle Information über alle Lebensfragen der arbeitenden Bevölkerung, über die Kämpfe gegen Kapitalismus und Ausbeutung, gegen Imperialismus und Unterdrückung.

"offensiv links" wird von der FÖJ-Bewegung für Sozialismus herausgegeben. In der FÖJ-Bewegung für Sozialismus sind Arbeiter, Angestellte, Lehrlinge und Studenten organisiert. Die Erfahrungen, die der einzelne in der Arbeitszeit und in der Freizeit macht, werden regelmäßig ausgetauscht.

Verständnis für die Probleme des einzelnen hilft die Erkenntnis der Probleme der arbeitenden Bevölkerung vertiefen.

KONTAKTADRESSEN:

1040 Wien, Belvederegasse 10, 65-19-52

1090 Wien, Porzellangasse 33a, 34-67-145

1020 Wien, Odeongasse 1(Eingang Große Mohrengasse), 24-70-402

ERSCHEINUNGSORT: WIEN

VERLAGSPOSTAMT/1040 WIEN

"offensiv links"

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Vervielfältiger: FÖJ – Bewegung für Sozialismus, für den Inhalt verantwortlich: Alfred Prandl, alle 1040 Wien, Belvederegasse 10.

Redaktion: 1090 Wien, Porzellangasse 33a, Telefon: 34 67 145

Vertrieb: 1040 Wien, Belvederegasse 10, Telefon: 65 19 52

Kontonummer: 223-102-976, Länderbank Wien.

Einzelpreis: S 5, --

Jahresabonnement: S 50, --

Bei Mitgliedern ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag beinhaltet.

offensiv links



Gewerkschaftssekretär Spörk übermittelt die Nachricht vom "siegreichen" Streikende.

Fortsetzung von Seite 2

Sie beschwichtigten die Arbeiter, wo immer es ging und informierten die Kollegen nicht oder unrichtig (anrufenden Betriebsräten aus der Branche wurde in der Bau- und Holzarbeitergewerkschaft erklärt, daß bei Hukla nicht gestreikt wird).

Und letzten Endes verrieten sie die Streikenden und ihre Betriebsräte, setzten verleumderische Behauptungen in Umlauf, die sie später halb dementierten und durch neue Lügen ergänzten.

Verhängnisvoll für den Streikverlauf war auch die Spaltung der Belegschaft. Die Angestellten haben, obwohl zum Teil gewerkschaftlich organisiert, keinen Betriebsrat und solidarisierten sich in keiner Phase des Kampfes mit den Arbeitern. Dies war aber kein Grund für die Angestelltenschaft zu intervenieren. Ebenso beteiligten sich die Kraftfahrer an keiner Streikaktion.

Zur Behauptung der Gewerkschaft, daß der Betriebsrat kommunistisch sei, gab der Betriebsratsobmann Ernst Stadler folgende Erklärung ab:

"Ich möchte dar auf hinweisen, daß wir vier Betriebsräte der Firma Hukla Mitglieder der SPÖ sind und auch als SP-Fraktion kandidiert haben. Die Aussendung des ÖGB, der uns als kommunistischen Betriebsrat bezeichnet ist daher unwahr. Im übrigen finden wir keinen Unterschied darin, ob die Gewerkschaftsführer Sozialisten oder Kommunisten im Stich lassen!"

Die betriebsfremden Elemente

Nachdem die Streikenden ausgesperrt wurden und die gemeinen Tricks der Direktion immer ärger wurden, hörten die Arbeiter nicht mehr auf den schlechten Rat der Gewerkschaftssekretäre und informierten die Öffentlichkeit. Von diesem Zeitpunkt an waren ständig Betriebsräte anderer Betriebe und Mitglieder linker Organisationen in den Kampf eingeschaltet und halfen in vielfältiger Form.

Entweder standen sie Streikposten oder sie waren unterwegs um andere Kollegen zu informieren und Streikspenden aufzubringen. Naturgemäß standen hier die Organisationen im Vordergrund, die in der Arbeiterschaft verwurzelt sind und direkten Einfluß auf Betriebe, durch ihre Betriebsräte haben. Das waren die Gewerkschaftliche Einheit und die Gewerkschaftsfraktion der KPÖ. Zur KPÖ muß man sagen, daß ihre Funktionäre sich aber an Ort und Stelle vorwiegend mit Agitation für sich selbst beschäftigten, als Streikposten nicht in Erscheinung traten und vor allem in der Endphase des Streiks eher abwiegelten. Einige Hukla-Arbeiter wollten nach dem Verrat der Gewerkschaftsführer spontan eine Demonstration durchführen; daß es nicht dazu kam, ist vor allem den KPÖ-Funktionären zuzuschreiben. Die FÖJ-Bewegung für Sozialismus und die GRM stellte eine Woche lang den Großteil der Streikposten, in Tag- und Nachtschichten und trugen die Hauptlast der Flugblattverteilungen vor den Wiener Betrieben. Der KB-Wien und die MLS schickte ein- bis zweimal Zeitungsverkäufer, an-

sonsten glänzte sie durch Abwesenheit.

Erwähnt muß auch werden, daß eine Reihe von SPÖ-Betriebsräten und auch solche, die keiner Fraktion angehören, Anteil am Kampf der Hukla-Arbeiter nahmen und in verschiedenster Weise halfen. Einer lud die Streikenden zum Essen ein, einer stand Streikposten, ein anderer sammelte Geld und eine Kollegin stellte sich zwei Tage lang als Dolmetscher zur Verfügung.

Die Rolle der Massenmedien

Mit Ausnahme der Volksstimme berichtete keine Tageszeitung auch nur annähernd der Bedeutung des Kampfes entsprechend. Die Arbeiter-Zeitung brachte zwei-drei, in ihrer Verstümmelung, irreführende Notizen. Die anderen Zeitungen schwiegen, bis die ÖGB-Presseaussendung mit der Verleumdung der Betriebsräte kam. Die Leser dieser Zeitungen, d.h. die Mehrheit der Bevölkerung, erfuhr erst nach Streikende, daß da irgendwelche Kommunisten einen Krach gemacht hatten. Warum, wieso, worum ging es? Schmecks!

Um so wichtiger war eine Informationskampagne eines Ad-hoc-Komitees von linken SPÖ-Mitgliedern, dem VMA, der Aktion Unabhängiger Frauen (AUF) und der FÖJ - Bewegung für Sozialismus. Innerhalb von drei Tagen nach Streikende wurde ein Informationsflugblatt unter dem Titel "Gewerkschaft läßt Betriebsräte im Stich", in einer Auflage von 30.000 Stück, vor allen grö-

Fortsetzung auf Seite 4



Fortsetzung von Seite 3

berer Betrieben und Verkehrsknotenpunkten Wiens verteilt.

Zwiespältig war die Berichterstattung im Fernsehen. Während des Streiks war ein TV-Team bei Hukla. Sein Bericht war ein Skandal. In übler, üblicher Manier wurde der Unternehmerstandpunkt Übergewichtig und scheinbar "wertfrei" breit ausgewalzt und die Arbeiter bzw. ihre Betriebsräte als eine Horde rabiaten Primitivlinge dargestellt, die selbst nicht genau wissen, was sie wollen.

Nach Streikende geschah ein kleines Wunder. Im Österreich-Bild wurde ein Bericht der Redakteurin Heide Pils ausgestrahlt, der sachlich und objektiv die Ursachen des Konflikts, die Probleme der Entlassungen und die zumindest unklare Haltung der Gewerkschaft darstellte.

Doch schon einige Tage später verlas eine Sprecherin einen Text der Gewerkschaftsführung, in dem wieder alle Schuld den Arbeitern und den "betriebsfremden Elementen" zugemessen wurde.

Schluß mit der Sozialpartnerschaft!

Für kämpferische Gewerkschaften!

Das Verhalten der Gewerkschaftsführung hat zu Enttäuschung bis Empörung in großen Teilen der SP-Gewerkschafter geführt. Einige davon, mehr als in den letzten Jahren bei ähnlichen, aber nicht so deutlichen Ereignissen, haben erkannt, daß der Ausweg nur im Kampf um Veränderungen innerhalb der Gewerkschaften bzw. der Sozialistischen Fraktion liegen kann.

Der Ausgang des Streiks bei Hukla geht weit über die Bedeutung dieses Betriebes hinaus. Er greift unmittelbar in Grundfragen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung ein.

Die Betriebsräte, die sich, wie es ihre Pflicht war, führend am Streik beteiligt hatten, wurden unter massivem Druck ihrer eigenen Gewerkschaft zur "einvernehmlichen" Lö-

sung ihres Arbeitsverhältnisses gezwungen. Der politische Sieg ist dem Unternehmer zugefallen.

Die besondere Gefährlichkeit liegt in der Tatsache, daß die Gewerkschaftsführung die Kriminalisierung eines Streiks zugelassen, ja gefördert hat. Der Streik ist ein Kampfmittel der Arbeiterklasse bei dem auf die Unternehmer Druck ausgeübt wird. Wenn dies in Zukunft von Unternehmern, Staatsanwaltschaft und Gewerkschaftsführern mit der Drohung durch das Strafgesetz verhindert wird, dann können Unternehmer machen was sie wollen. Jeder "Rechtfertigungsversuch" für das Verhalten der Gewerkschaft muß abgelehnt werden. Nichts rechtfertigt diesen schändlichen Kuhhandel mit den Unternehmern. Doch die Politik der Gewerkschaftsführung ist nicht zurückzuführen auf das Versagen oder die böse Absicht einzelner Funktionäre, sondern sie hat System; sie ist Ausdruck der Sozialpartnerschaft und des Abgehens der SPÖ-Führung von allen Klassenpositionen der Arbeiter-schaft.

Ein Verschweigen dieser Tatsachen oder ein nur darüber Jammern, trägt zur weiteren Entpolitisierung und Lähmung der Arbeiterklasse bei, erleichtert den offenen Klassenverrat rechter SPÖ-Führer und nützt ausschließlich den Kapitalisten.



Hukla-Arbeiter auf Streikposten

Von diesen Überlegungen gehen die Initiatoren der "Aktion gegen die Kriminalisierung gewerkschaftlicher Kampfmaßnahmen", linke Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre in- und außerhalb der SPÖ, aus. Sie wenden sich mit ihrer Resolution (die wir in dieser Nummer veröffentlichen) an die gewerkschaftliche Öffentlichkeit und setzen damit einen ersten Schritt auf dem Weg zu klassenbewußten, kämpferischen Gewerkschaften.

HUKLA

HUKLA-WERKE GES. M. B. H. - MATRATZEN- UND POLSTERMÜBELFABRIKEN
1100 WIEN - OBERLAAERSTRASSE 246 TELEFON 0222/046606 - TELEX 01/2415

Wien, 12.6.1974

Sehr geehrte Frau [REDACTED]

Wir sprechen hiermit Ihre fristlose Entlassung, insbesondere wegen Hausfriedensbruch, Nötigung, Erpressung, gefährlicher Drohung und Anstiftung, Beihilfe, Teilnahme und Begünstigung dieser Delikte aus.

Hukla-Werke GmbH

Eine sehr unvollständige Liste von Betrieben, Betriebsräten, Personen, Gruppen und Organisationen, die sich in irgendeiner Weise mit den streikenden Hukla-Arbeitern solidarisierten (Briefe, Besuche, Spenden, Abstellung von Streikposten) oder nachher gegen die Vorgangsweise der Gewerkschaften protestierten:

Wertheim	Phönix	FÖJ – Bewegung für Sozialismus
Unilever	Odorfer-Graz	Hörerversammlung der Uni-Wien
Goerz-Elektro	Sleepy	Gewerkschaftsfraktion der KPÖ
Kohmaier	Brunner Glasfabrik	Gruppe Revolutionärer Marxisten
Globus	Express	Aktion Unabhängiger Frauen
ÖMV-Tanklager	Universale	Verband Marxistischer Arbeiterjugend
Freissler	Umdasch-Büromöbel	Institut für Höhere Studien
Schrack	Montage-Bau	Initiative für Sozialistische Politik
Kapsch	Gewerkschaftliche Einheit	Angestellte der Wiener Arbeiterkammer
Ibusz	Chemiearbeiter Ortsgruppe 22.,	Verband Sozialistischer Mittelschüler
		Vereinigte Baustoff- und Betonsteinwerke

AKTION GEGEN DIE KRIMINALISIERUNG GEWERKSCHAFTLICHER KAMPFMASSNAHMEN

An den
Bundesvorstand des
Österreichischen Gewerkschaftsbundes
Hohenstaufengasse 10–12
1010 Wien

Werte Kollegen!

Vier Wochen streikten die Arbeiter der Polstermöbelfabrik Hukla, Wien X. Es ging um die Ausbezahlung der von der Gewerkschaft ausgehandelten Lohnerhöhung, die Erstellung eines neuen Akkordvertrages und die Rücknahme von mehreren Entlassungen. Die Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter anerkannte den Streik und zahlte Streikunterstützung aus. Fest standen die Streikenden gegen die Firmenleitung, die mit allen Mitteln die Arbeiter in die Knie zu zwingen versuchte durch Einschüchterungen, Entlassung der Betriebsräte, organisierten Streikbruch etc.

Doch alle diese Druckmittel der Firmenleitung waren vergeblich. Sie konnten den Willen der Hukla-Arbeiter nicht brechen. Es gab keinen einzigen „Zwischenfall“, den die bürgerliche Presse hätte ausschlichten können. Die Arbeiterschaft stand knapp vor dem vollen Erfolg, der Versuch des Streikbruches war gescheitert und ein anwesender Gewerkschaftssekretär kam zu dem richtigen Schluß: „Noch ein, zwei Tage, und dann haben wir gewonnen.“ Doch dann kam das bittere Ende.

Von den Verhandlungen zwischen der Gewerkschaft und der Firmenleitung ausgeschlossen, wurden die Betriebsräte vor vollendete Tatsachen gestellt: Der Streik ist zu beenden, 13 % Istlohnerhöhung werden ausbezahlt, und ein Akkordvertrag abgeschlossen. Außerdem bleibt aufrecht, daß mehrere Arbeiter aus dem Betrieb müssen, unter ihnen sämtliche Betriebsräte. Die Firmenleitung hat die Führung des Kampfes aus dem Betrieb geworfen und durch nichts gerechtfertigte Vorwürfe, kriminelle Handlungen begangen zu haben, den Staatsanwalt gegen die Betriebsräte mobilisiert. Die Verteidigung der Interessen der Arbeiter durch gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen wurde so zu einem kriminellen Delikt.

Als die Hukla-Arbeiter von diesem Ergebnis erfuhren, gab es eine einheitliche Reaktion: „Die Gewerkschaftsbürokraten haben uns im Stich gelassen.“

Der Streik ist zu Ende, bei dessen Abschluß die Hukla-Arbeiter um ihren Erfolg betrogen wurden. Kein Ende darf jedoch die Diskussion um das Verhalten der Gewerkschaftssekretäre haben. Denn Hukla kann nur allzu leicht ein Präzedenzfall werden: Daß Arbeitnehmer und Betriebsräte von der Gewerkschaft im Stich gelassen werden und somit der Willkür der Unternehmer ausgeliefert sind.

Die zu einer Art Ersatz-Ideologie erhobene Politik der Sozialpartnerschaft hat ohnehin schon dazu geführt, daß Österreich zu den streikärmsten Ländern Europas gehört. Wer aber noch dazu beiträgt, daß die wenigen Streiks, die geführt werden, als kriminelle Handlungen hingestellt werden, begünstigt weiter die Interessen der Unternehmer. S i e sind es, die am Unterbleiben von Kampfaktionen am brennendsten interessiert sind.

Der „Rechtfertigungsversuch“ der Gewerkschaft muß als Ablenkung von den Grundfragen, um die es geht, mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Die Behauptungen über die „von den sachlichen Zielen des Streiks ablenkenden Vorkommnisse“ sind unrichtig. Auf keinen Fall rechtfertigt die Unterstützung des Streiks durch Solidaritätsaktionen befreundeter Kollegen, die von der Gewerkschaft als „betriebsfremde Elemente“ abgetan werden, noch irgendeine Fraktions- und Parteizugehörigkeit der Streikenden oder der Betriebsräte diesen Kuhhandel.

Die Unterzeichner dieser Protestschrift sind keine „Gewerkschaftsfeinde“. Sie sind überzeugte Gewerkschafter, die sich mit Idee und Zielsetzung der Gewerkschaft auf das engste verbunden fühlen; sie treten deshalb allen Austrittstendenzen entgegen, sie wollen mit ihrer Kritik das Abgleiten ihrer Interessensorganisation zu einem prinzipienlosen Dienstleistungsbetrieb verhindern. Das Beispiel Hukla zeigt, wohin es führt, wenn die Gewerkschaftsbewegung den Klassenstandpunkt verläßt.

Wir protestieren hiermit schärfstens gegen die Haltung, die die Gewerkschaft den Hukla-Arbeitern gegenüber eingenommen hat, dagegen, daß ein Präzedenzfall der Kriminalisierung von gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen geschaffen wurde.

Viele Betriebsräte haben bereits in Briefen an ihre Gewerkschaft bzw. den ÖGB ähnliche Überlegungen geäußert. Das sollte auch weiterhin geschehen.

Die Unterzeichner dieses Briefes an den ÖGB-Bundesvorstand sind der Meinung, daß es nützlich wäre, gemeinsam unseren Standpunkt und unseren Willen kundzutun. Wir ersuchen deshalb alle Betriebsräte, Vertrauensleute und Funktionäre der Gewerkschaften, den nachstehenden Abschnitt auszufüllen und einzusenden.

Wir werden laufend über den Stand der Aktion informieren.

Peter Braun	BRO ÖMV-Generaldirektion
Egon Kodicek	Gewerkschaftssekretär
Walter Lauber	Angestellten-BRO Spedition Expreß
Bruno Leitsmüller	BRO Wertheim
Dipl.-Ing. Fred Margulies	Sekretär der GPA
Walter Neuhaus	BR Zentraltanklager Lobau
Anton Prager	Sekretär der GPA Niederösterreich
Hans Resch	BRO Zentraltanklager Lobau
Peter Schmidt	BRO Kohmaier KG
Peter Sonnberger	JVR-Obmann Vorwärts-AG
Walter Stern	BRO Goerz-Electro
Margarete Szymura	BR Ruthner
Kurt Urban	BRO Stellvertreter Wertheim
Heini Weihs	Arbeiter-BRO Spedition Expreß
Gustl Zickler	ÖGB-Bundesvorstandsmitglied

Ich erkläre mich mit der Aktion „Gegen die Kriminalisierung gewerkschaftlicher Kampfmaßnahmen“ solidarisch und bin damit einverstanden, daß der Protest auch in meinem Namen an den ÖGB weitergeleitet wird.

N a m e

Betrieb

Funktion

Unterschrift

Bitte, diesen Abschnitt einsenden an: Postamt 1092 Wien, Postfach 3

HUKLA - Chronik

Hukla-Werke Polstermöbelfabrik Wien 10, Ober-
GmbH laaerstraße 246.

Eigentümer der deutsche Konzern Klausner;
rund 3500 Beschäftigte in der BRD,
weitere Betriebe in Spanien, Ita-
lien und der Schweiz.

Neumeister bietet 13 % und versucht
von den Arbeitern einzelne Zustim-
mungsunterschriften zu bekommen. Er
droht mit Repressalien und verwehrt
dem Betriebsratsobmann die Anwesen-
heit bei den Einzelgesprächen. Nie-
mand unterschreibt.

Beschäftigte Die Firma produziert seit rund drei
Jahren in Österreich, vorher nur
Auslieferungslager. Seit etwa ein-
einhalb Jahren ist der Österreicher
Erwin Neumeister (SPÖ-Mitglied)
Direktor des Betriebes in Wien.

rund 100 Arbeiter, zur Hälfte Jugo-
slawen. Zwei Drittel sind Frauen,
teilweise Halbtagskräfte. Viele
Maschinärinnen, Gastarbeiter
fast durchwegs angelernt. Arbeiter
nahezu 100 % gewerkschaftlich or-
ganisiert, mit Ausnahme der sechs
Kraftfahrer, die auch einen ande-
ren Kollektivvertrag haben. Im Be-
trieb fast ausschließlich Akkord-
arbeit.

Vier Betriebsräte (zwei Frauen) ge-
wählt auf der Liste Sozialistischer
Gewerkschafter, keine Gegenliste.
Etwa 25 Angestellte (Meister und
Büro incl. Verkauf), nur teilweise
Gewerkschaftsmitglieder, kein Be-
triebsrat.

1972-1974 Es gibt keinen Akkordvertrag. Die
Vorgabezeiten und der Minutenfaktor
kommen aus Deutschland. Der Betriebs-
rat hat keine Möglichkeit der Kon-
trolle. Der Abschluß eines eigenen
Vertrages wird verweigert, bzw,
hinausgezögert. Der theoretisch
mögliche Höchstverdienst wird nur
von zwei bis drei Leuten erreicht,
immer nur für kurze Zeit.

1. Mai 1974 Geltungstermin des neuen Kollektiv-
vertrages der Möbel-Industrie.
14,52 % Lohnerhöhung für Akkordar-
beiter. Die anderen Wiener Möbel-
firmen zahlen 15 %. Direktor Neu-
meister weigert sich und bietet
11,2 % Erhöhung.

Im Mai Nach Rücksprache der Betriebsräte
mit der Gewerkschaft (Sekretär Ka-
lina), beschließt die Betriebsver-
sammlung passive Resistenz.

Ende Mai Sechs Arbeiter (davon drei Frauen
und ein Jugoslawe) werden entlassen;
mit der Beschuldigung "die größten
Schreier" zu sein (Neumeister).
Beim Einigungsamt wird die frist-
lose Entlassung der vier Betriebs-
räte beantragt. Begründung: Nöti-
gung, Erpressung, Einschränkung der
persönlichen Freiheit und Hausfrie-
densbruch. Begründung oder Beweise
für diese Beschuldigung werden kei-
ne gebracht.

27. Mai Mit Zustimmung der Gewerkschaft der
Bau- und Holzarbeiter erklärt sich
die Betriebsversammlung mit dem Be-
triebsrat solidarisch und beschließt
den unbefristeten Streik. Streikziel:
Rücknahme aller Entlassungen, 14,62
Prozent mehr Lohn und ein Akkord-
vertrag. Von den 50 österreichi-
schen Arbeitern stimmen 38 für den
Streik, ebenso einige Jugoslawen,
die Mehrheit der Jugoslawen betei-
ligt sich nicht an der Abstimmung.
Die Gewerkschaft anerkennt den
Streik und zahlt Unterstützung aus.

bis 9. Juni Die Streikenden sind im Betrieb.
Zehn bis zwölf Österreicher arbei-
ten. Ebenso der größere Teil der
Jugoslawen, denen von der Firma mit
Entzug der Arbeitsgenehmigung und
Ausweisung gedroht wird, falls sie
sich dem Streik anschließen. Da
aber alle Facharbeiter streiken,
ruht praktisch die Produktion. Der
Direktor weigert sich mit der Streik-
leitung (die vier Betriebsräte) zu
verhandeln. Die Gewerkschaft ver-
spricht einen Dolmetscher zu schik-
ken, er kommt aber nicht.

10. Juni Weitere 26 Streikende werden ent-
lassen.

11. Juni Alle streikenden Arbeiter werden
aus dem Betrieb ausgesperrt.

12. Juni Den Betriebsräten wird ihre Entlassung schriftlich zugestellt. Bisher hat die Gewerkschaft geraten über den Streik mit niemandem zu sprechen. Jetzt informiert die Streikleitung die Öffentlichkeit (Presse, andere Betriebe).
- In den nächsten Tagen werden Streikposten aufgestellt, die Streikleitung wird in einem Zelt vor dem Betriebstor untergebracht, die Ein- und Ausfahrt von Lastwagen wird durch Streikposten verhindert. Ein jugoslawischer Botschaftssekretär erklärt den Gastarbeitern, daß sie sich nicht als Streikbrecher betätigen dürfen, sondern sich neutral verhalten sollen. Als er weg ist redet ein Dolmetscher der Direktion auf die Gastarbeiter ein und die Meister treiben sie mit sanftem Druck in den Betrieb. Nachdem es vier Werkstore gibt können die wenigen Frauen, die Posten stehen, den Streikbruch nicht verhindern. Der Gewerkschaftsdolmetsch ist noch immer nicht da.
- ab 15. Juni Kollegen aus anderen Betrieben unterstützen die Streikenden durch Geldspenden und Beistellung von Streikposten.
- 17./18. Juni Zwei serbo-kroatisch sprechende Kolleginnen aus anderen Betrieben klären in stundenlangen Gesprächen, gemeinsam mit den Betriebsräten, die Gastarbeiter über die Situation auf und erreichen, daß sich der größte Teil von ihnen mit den streikenden Kollegen solidarisiert. Die letzten Streikbruchversuche scheitern vollständig, ohne daß es zu irgendwelchen Zwischenfällen kommt. Die anwesende Polizei bestätigt, daß sie keinerlei Grund zum Einschreiten hatte.
- Ein Informationsflugblatt der Streikenden wird vor allen Wiener Möbelfabriken und anderen Betrieben verteilt.
- Der Versuch einen Eisenbahnzug ins Werksgelände zu führen scheitert an einigen Frauen, die sich auf die Gleise setzen, worauf sich der Lokführer solidarisiert.
19. Juni Der Streik ist lückenlos, die Arbeiter sind zuversichtlich. Ein Gewerkschaftssekretär sagt: "Jetzt haben wir bald gewonnen, er (Neumeister)
20. Juni Es wird bekannt, daß ÖGB-Sekretär Hofstetter und Bundeswirtschaftskammergeneralsekretär Mussil verhandeln.
- Mittags sind die Betriebsräte in der Bau-Holz-Gewerkschaft und erfahren, daß eine Einigung unmittelbar bevorsteht.
- Am Nachmittag wird den Betriebsräten von Hukla der Zutritt zu einer Wiener Betriebsrätekonferenz verweigert. Begründung: "Ihr seid keine Betriebsräte mehr und euer Fall ist bereits erledigt."
- Abends wird dem Betriebsrat das Ergebnis der Verhandlungen mitgeteilt: 13 % Lohnerhöhung, demnächst ein Akkordvertrag, die Betriebsräte sollen einer einvernehmlichen Lösung ihrer Arbeitsverhältnisse zustimmen, ebenso bleiben die Kündigungen der ersten sechs Arbeiter aufrecht, die 26 weiteren Entlassungen werden zurückgenommen und die Streikzeit bezahlt.
- Die Betriebsräte lehnen vorerst ab, werden aber dann von Zentralsekretär Millendorfer und ÖGB-Anwalt Teicht unter Druck gesetzt: das Einigungsamt hätte den Fall der Staatsanwaltschaft übergeben, den Betriebsräten drohen Kerkerstrafen von einem halben bis zu sechs Jahren, sowie eine privatrechtliche Schadenersatzklage, im Falle einer Weigerung der Betriebsräte, könnten sie mit keiner Unterstützung durch die Gewerkschaft rechnen. Wenn sie aber zustimmen dann werde die Anklage zurückgezogen bzw. Niedergeschlagen. Bedenkzeit wird den Betriebsräten verweigert. Die Betriebsräte stimmten zu.
21. Juni Landessekretär Spörk (Bau-Holz) erklärt den Hukla-Arbeitern und anwesenden Betriebsräten anderer Betriebe, das Ergebnis. Die Enttäuschung



und Empörung ist allgemein. Die 26 Kollegen, die wieder eingestellt werden sollen erklären, mit zwei Ausnahmen, daß sie in diesem Betrieb nicht mehr weiterarbeiten wollen und kündigen.

24. Juni - Ein Flugblatt "Gewerkschaft läßt Betriebsräte im Stich" wird vor den meisten Wiener Betrieben verteilt.

Weitere Solidaritätsschreiben und Spenden langen ein. Der ÖGB-Pressedienst bringt die unrichtige Meldung daß, der "kommunistische" Betriebsrat von Hukla "Fehlreaktionen verschuldet hat."

Zahlreiche Betriebsräte (u.a. Wertheim, Kohmayer, Unilever, Goerz) protestieren in Briefen an den ÖGB und die Fachgewerkschaften. Der ÖGB-Pressedienst dementiert die Meldung vom "kommunistischen Betriebsrat", behauptet daß die Gewerkschaft die Betriebsräte nicht im Stich gelassen hätte und schiebt die Schuld "betriebsfremden Elementen" zu.

1. Juli Die "Aktion gegen die Kriminalisierung gewerkschaftlicher Kampfmaßnahmen" wird von Betriebsräten und

Gewerkschaftsfunktionären verschiedener Branchen und Fraktionen gegründet. Sie wendet sich mit einer Protestresolution an die gewerkschaftliche Öffentlichkeit.

5. Juli Bei einer Versammlung der Hukla-Arbeiter wird mitgeteilt, daß von seiten der Staatsanwaltschaft keine Klage erhoben wird, da kein strafbarer Tatbestand festgestellt werden konnte. Die anwesenden rund 30 Kollegen (ein Teil ist schon im Urlaub) sprechen den Betriebsräten das Vertrauen aus und beauftragen sie den Kampf weiterzuführen.

Sie fordern von der Gewerkschaft, daß sie sich für die Rücknahme aller Kündigungen einsetzt. Die Zustimmung der Betriebsräte erfolgte unter Druck und auf Grund falscher Informationen, wurde festgestellt.

Die Versammlung beschließt eine Delegation zum geschäftsführenden Vorsitzenden der Bau- und Holzarbeitergewerkschaft zu entsenden.

beendet am 8. Juli 1974

Hukla-Abend im Klub links

Gut zwei Dutzend Genossen unserer Organisation haben ein Woche durch persönlichen Einsatz den Streik der Hukla-Arbeiter unterstützt. Ein Teil davon hatte bereits Erfahrungen auf dem Gebiet des gewerkschaftlichen Betriebskampfes; einige, sehr junge Genossen und Studenten kamen erstmals mit kämpfenden Arbeitern in Kontakt. Man hat sich kennengelernt, man hat miteinander diskutiert, man

hat Mißtrauen und Vorurteile abgelegt. Die Hukla-Arbeiter, zum größten Teil SPÖ-Mitglieder haben das Märchen von den bösen "Linksradi-kalen" und "Krawallmachern" als solches durchschaut. Sie haben erkannt, auf wen sie sich verlassen können und auf wen nicht. Einige unserer Genossen haben endlich begriffen, daß Arbeiter im Betrieb ihre Probleme gut genug kennen, daß

sie keine weisen Ratschläge brauchen, sondern konkrete Hilfe und daß nicht alles in den Büchern steht.

Wie gesagt, man ist sich nähergekommen, man hat gelernt und auch Freundschaften geschlossen.

Diese Kontakte wollte man vertiefen, auch auf persönlicher Ebene. Außerdem gab es noch viele Genossen und Kollegen aus anderen Organisationen,

die aus beruflichen Gründen abseits standen, sie wollten mehr wissen, sie wollten die Kollegen von Hukla kennenlernen. Also haben wir sie eingeladen. In den Klub Links. Zu einer zwanglosen Plauderei, zu einem Fest.

Sechs Kollegen von Hukla sind mit ihren Kindern gekommen und fast hundert Genossen und Freunde des Klub Links. Die Betriebsräte haben sich entschuldigen lassen, der Druck auf sie hatte damals gerade den Höhepunkt erreicht. Aber sie haben sich über die Einladung gefreut und werden den Besuch später nachholen. Der Bruttoumsatz des Buffets ging an diesem Abend als Streikspende nach Oberlaa. (S 1.600,- wurden gespendet).

Zwei Hukla-Arbeiter haben die Hukla-Ballade gedichtet (Text unten) und mitgebracht! Nach kurzer Zeit erklang sie hundertstimmig und es klang gut. Man hörte heraus, daß die Sänger wußten, was sie da sangen. Obwohl von ihrer Führung im Stich gelassen und aus dem Betrieb geschmissen, war keine Spur von Resignation zu finden. Im Gegenteil: die Hukla-Arbeiter wissen, warum sie auf ihr Flugblatt "Unsere Stärke ist die Solidarität" geschrieben hatten.

Die Ballade vom ÖGB-Verrat

Der Hukla war mein größter Feind in meinem langjährigem Bestehn,
Von Solidarität hab' ich nur geträumt, drum muß I stempeln geh'n.
Jetzt leb' I nur vom Spendengeld, weiß nicht wie's weitergeht,
Die Gewerkschaft hat sich umgedreht, der Arbeiter es nicht versteht.

Sollt' ich durch den Hukla sterben, sollt' ich vor die Hunde gehen,
Laßt auf meinen Grabstein kerben, die Freiheit, die soll ewig leben.

Der Betriebsrat war voll Energie, voll Vertrauen zum ÖGB,
Der Sekretär hat uns voll enttäuscht, das tat uns allen weh.
Sie gaben uns den Gnadenstoß, doch los sind sie uns nicht,
Was immer weiter kommen mag, zugrunde geh'n wir nicht.

Sollt' ich durch den Hukla sterben, sollt' ich vor die Hunde gehen,
Laßt auf meinen Grabstein kerben, die Freiheit, die soll ewig leben.

Und waun I wieder hackeln geh', des eine is' ma klar,
Verkauft, so wie's uns jetzt haben, des wird nie wieder wahr,
Denn mir hab'n unser Lehrgeld zahlt, und das auch nicht zu knapp.
Die Glatze hat den Sieg erreicht, doch jetzt geht sie bergab.

Sollt' ich durch den Hukla sterben, sollt' ich vor die Hunde gehen,
Laßt auf meinen Grabstein kerben, die Freiheit, die soll ewig leben.

Dieses Lied wurde von den Hukla-Arbeitern Hedi Artner,
Karl Artner und Robert Kopecky geschrieben.

Zur Wahl Kirchschrägers

Halten wir einmal fest :
Kirchschräger als Bundespräsident ist uns allemal noch lieber als der reaktionäre Lugger. Doch einen Fortschritt bedeutet diese Wahl nicht. Erfolge der SPÖ sind nicht Ergebnis einer offensiv-sozialistischen Politik, die ÖVP-nahe Schichten der Arbeiterklasse, Teile des Kleinbürgertums und der Bauern im Kampf gegen das Großkapital an die Arbeiterbewegung bindet. Im Gegenteil, die Regierungspartei öffnet sich immer mehr nach rechts, wohl wissend, daß derzeit keine linke Alternative genügend

Druck ausüben kann und eine seit Jahrzehnten gegängelte, von vielen Kampferfahrungen abgeschnittene Arbeiterklasse die Krot schluckt, wenn sie nur in entsprechend kleinen Dosen verabreicht wird. Die Dosis Kirchschräger war nicht so ohne, das Murren bei linken SPÖ Kreisen laut vernehmbar. Es ist falsch diese Konflikte, wie es die KPÖ macht, als Alibi für die SP-Politik zu qualifizieren, doch ihr Rahmen und ihre Folgen bleiben beschränkt, solange sie keine Basis in entwickelten Klassenkämpfen finden. So lange

wird auch Kreiskys Taktik aufgehen und wenn ihm ein Strich durch die Rechnung gemacht wird, dann von rechts, für uns kein Grund zum Jubeln.

Ein HUKLA-Streik, die Erfahrungen, die wir gemeinsam mit den Arbeitern und in der Zusammenarbeit mit anderen Linken (auch der SP-Linken) machen, die politische Aufklärung rund um ihn, schaffen mehr Klassenbewußtsein, als jede Agitation zur Bundespräsidentenwahl in der Lage gewesen wäre.

-p.k.-

Arbeitshetze - einmal anders

Akkumulationsschwierigkeiten trotz allerlei Rationalisierung haben schon des öfteren Firmen zu bemerkenswerten Versuchen getrieben, die Steigerung des Profites dennoch zu bewerkstelligen. Ein in seiner Art noch un-

bekanntes Unterfangen praktiziert der GROHE-Konzern.

Nachdem die Verschärfung der Akkordzeiten, die Intensivierung der Arbeitsteilung durch eine Umschichtung des Produktionsprogrammes, ja sogar

Teilzeitbeschäftigung für eine Reihe bundesdeutscher Kollegen und Kolleginnen nicht imstande waren den gewünschten Erfolg zu bringen, bedienen sich die Unternehmer nun der Fußballweltmeisterschaft. Obwohl diese noch garnicht begonnen hatte, zeigten sich bereits bei der Firma GROHE erste Erfolge.

Grohe vor - noch ein Tor!

Fast Start '74 Wettbewerb steht im Zeichen der Fußball-Weltmeisterschaft. - Nationalspieler Jürgen Grabowski ist Chefberater - Verkäufer, Serviceleute und Null-Fehler-Teams machen mit.

Wie schon in den beiden letzten Jahren, so heißt es auch 1974 für alle Grohe-Verkäufer, Service-Techniker und zum ersten Mal für die Null-Fehler-Teams: Fast Start. Was sich dahinter verbirgt, wissen die meisten Leser aus den vergangenen Jahren. Für drei Monate heißt es verkaufen, verkaufen und nochmals verkaufen. Denn das bringt Punkte, Punkte die entscheidend für die Plazierungen im Wettbewerb sind. In diesem Jahr hat die Fast-Start-Leitung Mannschaften gebildet, die nach den ganz großen Fußballvereinen benannt wurden.

Unter der Bezeichnung „Hertha BSC Berlin“ kämpfen alle Verkäufer aus Deutschland, Belgien, Dänemark, Schweden und Norwegen.

Als „FC Barcelona“ starten die Sales Manager und Kundendienst-Bezirksleiter.

„Juventus Turin“ heißt die Mannschaft der Verkäufer aus Italien, Frankreich, Österreich, Holland und Spanien.



Am 18. März trafen sich die Null-Fehler-Teams aus Lahr. Hier wurden die Bedingungen für den Wettbewerb bekanntgegeben.

Die Service-Techniker laufen unter der Bezeichnung „Fortuna Düsseldorf“ aufs Feld.

Mannschaft 5, das sind die Null-Fehler-Teams, 26 verschiedene Teams haben sich in den letzten Wochen gebildet, kämpfen in den kommenden Wochen unter so glanzvollen Namen wie „FC Santos“, „Ajax Amsterdam“ oder „Bayern München“. Alle diese Teams aus Hemer, Menden, Lahr und Wien haben sich die Aufgabe gestellt, bis zum Ende des Fast Starts Fehlerquoten zu senken oder ganz abzuschaffen.

Fortsetzung Seite 2

Aus der "Grohe-Werkszeitung"

DAS "NULL-FEHLER-PROGRAMM"

Mit 1.1.1974 wurde in allen GROHE-Betriebsstätten (auch in Wien) mit der Vernichtung aller Fehler begonnen. Natürlich nicht des Oberfehlers, der kapitalistischen Produktionsweise samt dem Akkordsystem. Unter der Leitung des Managements wurden Teams gegründet, die alle bestehenden Profithemmnisse, Fehler genannt, ausmerzen sollen. Diese Teams arbeiten über Grenzen hinweg und geben sich den klangvollen Namen international bekannter Fußballvereine. So jagt Ajax Amsterdam unter Teamleiter Dworzak nicht hinter dem Ball,

sondern der Qualität von Gießereiprodukten her. Dabei werden natürlich auch keine Tore erzielt, wohl aber fette "Fehlerkosten" eingespart. Von Ajax alleine im April DM 6.335,-. Als versprochenes Endziel gibt man DM 93.000,- im Jahr an.

Wer hätte an AC Mailand gezweifelt, daß sie nicht imstande wären, topfit wie sie sind, 768 000 DM einzuspielen.

Aber auch Manchester United hält mit. Unwahrscheinlich wie sie mit den Prozenten davonziehen. Zur Halbzeit haben sie schon eine Einsparung

von 125 Prozenten erreicht, für Organisationsverbesserungen im Zentral-lager.

Racing Strassbourg fällt da keineswegs ab. Sie laufen den Nacharbeitungskosten nach und schaffen dabei DM 180.000,-.

Es ist Zeit, daß bald die Teams, die keinen klingenden Namen einer Fußballvereine brauchen, um eine kräftige Mannschaft zu sein, den Kampf aufnehmen. Solidarität und Tatkraft der Arbeiter und Angestellten, über die Grenzen hinweg, könnten diese Pfründe im eigenen Tor unterbringen.

Arbeitskämpfe in Österreich

ÖMV

Ab 1. Juli gibt es in allen Betrieben der ÖMV eine innerbetriebliche Lohn-erhöhung. Die Arbeiter werden mindestens 80 Groschen pro Stunde bekommen und die Gehälter der Angestellten werden um 3,5 Prozent erhöht, allerdings in zwei Etappen. Während der Verhandlungen mit der Generaldirektion hat der Zentralbetriebsrat – dem der Betriebsratsobmann des Tanklagers Lobau, Hans Resch, einer der Spitzenkandidaten der Gewerkschaftlichen Einheit zur Arbeiterkammerwahl angehört – gleichzeitig vom ÖGB die Einleitung allgemeiner Lohnverhandlungen gefordert. Diese Forderung kam schon aus vielen Betrieben und wird durch die ständigen Preissteigerungen immer dringlicher. Bei einer Teuerungsrate von rund 10 Prozent ist eine Laufzeit von zwölf, vierzehn und mehr Monaten für Kollektivverträge für die Arbeiter und Angestellten nicht mehr zumutbar.

Die Spitzenfunktionäre der Gewerkschaften und vor allem Präsident Benya stellen sich aber taub. Ja mehr noch, sie holen die ältesten Unternehmerargumente hervor, um Lohn-erhöhungen möglichst lange hinauszuzögern und in "volkswirtschaftlich vertretbarem Ausmaß" zu halten. Die Antwort auf diese "Gewerkschaftspolitik im Interesse der Unternehmer muß, unter anderem, auch in innerbetrieblichen Lohnforderungen zum Ausdruck kommen. Dies wird immer mehr Arbeitern und ihren Betriebsräten bewußt. Auch bei König & Bauer in Mödling, dort wurde eine 4,5prozentige Lohnerhöhung ab 1. Juni erkämpft.

Zu beachten ist nur, daß die Unternehmer immer wieder versuchen, etwaige innerbetriebliche Erhöhungen, bei der darauffolgen allgemeinen Erhöhung (die spätestens im Herbst fällig ist, bei manchen Branchen schon jetzt) in Abzug zu bringen. Das ist konsequent abzulehnen und sollte sicherheitshalber bei jedem Lohnabschluß schriftlich festgelegt werden.

Spedition Intercont

Es scheint in Unternehmerkreisen Mode zu werden, Betriebsräte zu entlassen. Österreichs größte Spedition, die Intercont hatte beim Einigungsamt um die Zustimmung zur Entlassung des Betriebsratsobmannes angesucht. Die angegebenen Gründe waren zwar nicht stichhaltig, was aber das Einigungsamt nicht hinderte der Firmenleitung einen Gefallen zu tun. (Das wird anscheinend auch Mode, siehe Hukla). Es fällt ein Versäumnisurteil. Der Termin der Verhandlung und die Vorladung dazu fielen in den Urlaub des BRO, der daher nicht anwesend war. In diesem Falle wird der Tatbestand gar nicht geprüft, sondern dem anwesenden Prozeßgegner recht gegeben.

Besagter Betriebsratsobmann hatte die "Frechheit" gehabt, in die Lohnlisten der Angestellten Einschau halten zu wollen. Da die Betriebsleitung ihm dies stur verweigerte, wandte er sich an den Verwaltungsgerichtshof und behielt Recht. Aber bei uns gilt Recht nicht, wenn es den Unternehmern nicht paßt.

Aber ganz so klar ging die Sache nicht. Die Betriebsräte der anderen Speditionen solidarisierten sich mit dem Entlassenen, im zuständigen Sektionsausschuß der Gewerkschaft faßten sie Kampfbeschlüsse und stellten dem Direktor von Intercont ein Ultimatum.

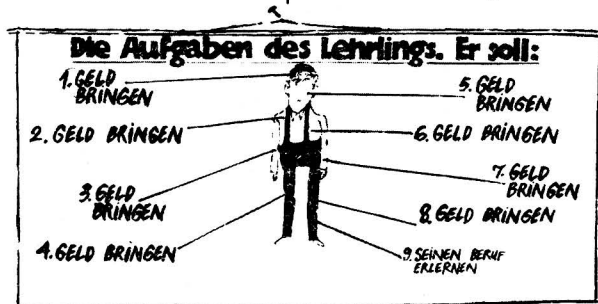
Doch dieser fand einen Ausweg. Er einigte sich mit dem bereits entlassenen Betriebsratsobmann auf eine hohe Abfertigung und dieser stimmte einer einvernehmlichen Lösung zu.

Dem Kollegen kann man gar keinen Vorwurf machen, die Versuchung war zu groß. Aber lernen kann man. Nämlich wie unangenehm ein Betriebsrat dem Unternehmer sein kann; und nicht zuletzt, was Geld alles vermag. Aber auch, daß man ein Urteil des Einigungsamtes nicht unbedingt hinnehmen muß.

38 Stunden für Lehrlinge

Seit es die 45-Stunden-Woche gibt, gilt für Lehrlinge die 40-Stunden-Woche. Derzeit arbeiten die Erwachsenen 42 Stunden und ab 1.1.1975 gilt die 40-Stunden-Woche, doch von einer Verkürzung der Arbeitszeit für Lehrlinge wollen die Unternehmer nichts wissen. Bezeichnenderweise weigern sich aber auch die Spitzenfunktionäre der Gewerkschaften und auch der Gewerkschaftsjugend, über entsprechende Forderungen zu sprechen. "Ist derzeit nicht auf der Tagesordnung", lautet die sture Antwort.

Nun haben die Vertreter der gewerkschaftlich organisierten Jugendlichen im Bereich Druck und Papier die Initiative ergriffen. Auf der letzten Jugendkonferenz dieser Gewerkschaft wurde eine Resolution beschlossen, die die Herabsetzung der gesetzlichen Arbeitszeit für Jugendliche auf



„Natürlich sollte der letzte Punkt nicht zu kurz kommen, meine Herren“

38 Stunden fordert. Dieser Beschluß ist eindeutig gegen den Willen der Jugendführung des ÖGB zustande gekommen und hat Bedeutung für alle Branchen. Diese Forderung ist absolut berechtigt und sollte überall erhoben werden, wo junge Gewerkschafter zusammenkommen.

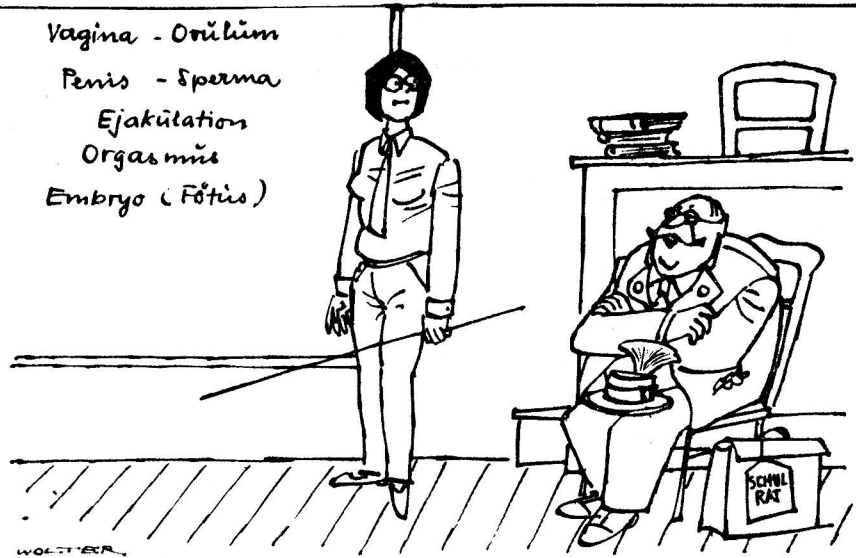
Kesselreiben gegen linke Lehrer

In der jüngsten Vergangenheit haben schon einige Lehrer erfahren, was mit ihnen geschieht, wenn sie fortschrittliche Lehrmethoden und -inhalte zu praktizieren versuchen. Der Rauschmiß ist ihnen sicher. Die Lektüre von Krötz, einem anerkannten, jungen deutschen Literaten, im Schulunterricht mußten bisher zwei Lehrer mit Strafversetzungen büßen. Im Werkschulheim Felbertal ließen sich drei Lehrer wieder eine Schändung unserer abendländischen Gesinnung zuschulde kommen. "Sie provozieren bewußt durch schlampige Kleider und Körperpflege, lehnen überhaupt das Leistungsprinzip ab und verunsichern alle Lehrkräfte. Ferner verlachen die Kollektivistinnen alle emotionalen Werte wie Heimat und Vaterland und streben nach völliger Emanzipation... Schon die Hälfte aller Kinder ist von den linksradikalen Bazillen infiziert". So zu lesen in den Salzburger Nachrichten. Die von linken Bazillen infizierten Schüler verbreiten eigene Publikationen. Dies wurde von der Schulleitung verboten. Eine Zeitung erscheint jetzt illegal. Landesschulrat Laireiter fordert die Versetzung der drei Lehrer und den Ausschluß einiger Schüler aus Schule und Internat. Er wird dies trotz Protestaktionen der Eltern und des Schulvereins tun. Die Eltern bezeichnen die Anschuldigung gegen die Lehrer als haltlos.

Pädagogische Akademie Feldkirch

Ende Mai streikten die Lehrer dieser Anstalt mehrere Stunden. Der Proteststreik richtete sich gegen Mißstände in der eigenen Anstalt

Vagina - Ovarium
Penis - Sperma
Ejakulation
Orgasmus
Embryo (Fötus)



„Sehr brav! Sehr lebendiger Unterricht! Aber kommen Sie nun von den südamerikanischen Flüssen auch mal zu den Städten der engeren Heimat, Herr Kollege!“

(schlechte Arbeitsbedingungen) und vor allem gegen die niedrige Bezahlung. Es wurde festgestellt, daß die Lehrkräfte an den pädagogischen Akademien weniger als Volks- und Hauptschullehrer verdienen, die sicher nicht überbezahlt sind, im Gegenteil. Über den Ausgang des Konfliktes ist nichts bekannt.

Versicherungsunternehmer wollen nicht zahlen

Die Gehaltsverhandlungen bei den Versicherungen sind durch die starre Haltung der Unternehmer vorläufig (4. Juli 1974) gescheitert. Das Verhandlungskomitee der Sektion Versicherung der Privatangestelltengewerkschaft forderte ursprünglich eine lineare Erhöhung von S 800,- monatlich und darüber hinaus 15 Prozent mehr Gehalt. Die Unternehmervertreter sprachen sich vor allem gegen die lineare Erhöhung aus (diese wurde auf Vollversammlungen von den Angestellten beschlossen - offensiv links berichtete darüber), aber auch die Gesamthöhe der Forderungen wurde abgelehnt. In der Frage des gleichen Betrages für alle, gaben die Gewerkschaftsvertreter beim ersten Widerstand nach und änderten die Forderung auf insgesamt 18 Prozent, mit einer Laufzeit von zwölf Monaten. Das Angebot des Versicherungsverbandes steht bei 12 Prozent (Laufzeit neun Monate). Bei diesem Stand trennte man sich ohne Einigung.

Weitere Verhandlungen wurden auf einen Termin nach der Freigabe durch die Paritätische Kommission verlegt.

Aber die "Paritätische", die gleiche Kommission, die laufend Preiserhöhungen bewilligt (im Juni 1974 mehr als 300 Einzelartikel), hat in ihrer Sitzung am 4. Juli 1974 die Forderung der Versicherungsangestellten abgelehnt. Über das Verhalten der Gewerkschaftsvertreter und SPÖ-Mitglieder in der Kommission ist nichts bekannt. Wie uns Genossen aus der Städtischen Versicherung und der Ersten Allgemeinen Versicherung berichten, hat dieser Beschluß Empörung bei den meisten Kollegen hervorgerufen. Kampfmaßnahmen zur Durchsetzung der Gehaltsforderungen sind nicht ausgeschlossen.

Hohe Profite bei Brown Boveri

Die österreichischen Brown-Boveri-Werke, die zu 80 Prozent dem Schweizer Stammhaus gehören, zahlen für das Jahr 1973 ihren Aktionären eine Dividende von 9 Prozent aus (davon 3 Prozent Bonus). Der ausgewiesene Jahresreingewinn betrug 8,7 Millionen Schilling, der Nettoprofit (incl. vorzeitige und Sonderabschreibungen, sowie werterhöhende Investitionen) betrug 57,5 Millionen Schilling. Dementsprechend ist auch der Aktienkurs gestiegen.

Dieser Jahresabschluß ist weder besonders günstig, noch selten. Wer die Bilanzen liest, kann feststellen, ►

daß Brown-Boveri nicht einmal im Spitzenfeld der Großverdiener liegt. Wir bringen diese Zahlen nur als wahllos herausgegriffenes Beispiel und weil uns einfällt, daß dieser Betrieb, der bis 1955 unter sowjetischer Verwaltung stand (als ehemaliges deutsches Eigentum) nach dem Staatsvertrag nicht von der öffentlichen Hand weitergeführt, sondern zu einem Spottpreis an einen Schweizer Konzern verkauft wurde. Er sei unrentabel, hieß es damals.

Neuer Kollektivvertrag für Textilindustrie

Mit Wirksamkeit vom 1. Juli 1974 wurde ein Lohnabschluß für die Arbeiter der Textilindustrie getätigt, der eine Ist-Lohnerhöhung von rund zwölf Prozent und Kollektivvertrag-Lohnerhöhung von durchschnittlich fünfzehn Prozent brachte. Die Tarife löhne steigen um ungefähr S 2, 80 pro Stunde. Die Lehrlingsentschädigung ist im ersten Lehrjahr um zwanzig Prozent und im dritten Lehrjahr um fünfzehn Prozent höher.

Die Forderung nach einer Abfertigung für gekündigte Textilarbeiter wurde von der Gewerkschaft fallengelassen. Dies wird besonders bedenklich, wenn man weiß, daß alleine im Jahr 1973 2.600 Beschäftigte in der Textilindustrie ihren Arbeitsplatz durch Betriebsschließungen verloren haben.

Außerdem kann keine Rede davon sein, daß mit diesem Abschluß die Leistungssteigerung, die dauernd verlangt wird, abgegolten ist; gar nicht zu reden von einer Reallohnsteigerung. Die Nettolohnerhöhung (nach Abzug der durch die Lohnerhöhung gestiegenen Steuer) deckt mit Mühe und Not die Preissteigerungen ab.

Unerträgliche Zustände bei Berufskraftfahrern

Vor kurzem tagte die Gewerkschaftskonferenz Handel, Transport und Verkehr. Die anwesenden Delegierten der Kraftfahrer mußten feststellen, daß praktisch alle Anträge, die sie vor vier Jahren beschlossen hatten, unerledigt sind. Aus dem Bericht des Vorstandes ist zu entnehmen, daß

über die Forderung nach der Anerkennung des Kraftfahrers als angelernter Beruf "zur Zeit noch verhandelt wird", über die Straßenverkehrsordnung und das Kraftfahrgesetz wird zwischen den Ministerien verhandelt; die Forderung nach verschärfter Kontrolle durch die Arbeitsinspektorate wird "nach wie vor mit den zuständigen Behörden erörtert"; der Besetzung der LKW ab fünf Tonnen mit zwei Kraftfahrern "konnte trotz vieler Bemühungen noch nicht Rechnung getragen werden." Alle diese Forderungen wurden am Gewerkschaftstag 1970 beschlossen und seither wird angeblich darüber verhandelt. In der Zwischenzeit sind weiter 60 Prozent aller Verkehrsunfälle mit tödlichem Ausgang im Bereich der Berufskraftfahrer. Die Ursachen dieser Unfälle liegen weiterhin an der völligen Übermüdung der Fahrer, an der Nichteinhaltung der Vorschriften durch die Fuhrwerksunternehmer, in den lächerlich geringen Strafen, die über Unternehmer verhängt werden, in dem gemeingefährlichen Zustand vieler LKWs und im nerventötenden Leistungsdruck, dem die Fahrer ausgesetzt sind.

Kurz gesagt, die Ursachen sind im Profitstreben der Unternehmer zu suchen. Die Mörder sitzen weniger am Volant, als in den Chefbüros.

Öffentliche Bedienstete

Seit dem 18. Jänner 1974 beraten die Vertreter der vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes mit den zuständigen Stellen der Gemeinde, der Länder und des Bundes über das neue Dienst- und Besoldungsrecht (d. h. über Gehaltserhöhungen). Bis jetzt ist ein halbes Jahr vergangen. Es liegt nicht nur kein Ergebnis vor, sondern es wurde bisher (Ende Juni 1974) auch keine Information über den Stand der Verhandlungen von der Gewerkschaftsbürokratie an ihre Mitglieder gegeben. Und das ist ein Skandal. Man ist ja einiges gewöhnt, von den Spitzenfunktionären an Geheimpolitik und Päckerei, aber das ist eindeutig zuviel. Hier zeigt sich wieder einmal wohin es führt, wenn man sich auf "die da oben" verläßt und nichts tut, außer Beiträge zahlt, die ohnehin automatisch abgezogen werden.

Streik bei Böhler in St. Ägyd

Am 10. Juli traten 45 Arbeiter im Drahtwerk in den Streik. Anlaß dazu war die steigende Akkordhetze. Durch Verringerung der Vorgabezeiten wollten die Unternehmer mehr aus den Arbeitern heraus schlagen, im Lohnsackerl änderte sich aber kaum etwas. In den Verhandlungen kam es bis zu Redaktionsschluß noch zu keinen Ergebnissen. Die Gewerkschaft unterstützt den Streik.

Simmering-Graz-Pauker AG

In den Betrieben des SGP-Konzerns (4.500 Beschäftigte) wurde Donnerstag, den 27. Juni 1974 zwei Stunden lang gestreikt. Der Warnstreik sollte die Direktion an den Verhandlungstisch zwingen. Am 9. Mai 1974 beschloß der Zentralbetriebsrat eine innerbetriebliche Lohnforderung in der Höhe von acht Prozent. Doch die Geschäftsleitung fand bis Ende Juni keine Zeit für Verhandlungen. Dann wurde gestreikt. Am nächsten Tag hatte Generaldirektor Zach Zeit. Er ließ die Delegation der Betriebsräte zwar noch Stunden im Vorzimmer warten, (ein altbekannter Unternehmertick, der bisher in der verstaatlichten Industrie nicht üblich war), aber dann war er verhandlungsbereit. Damit verhinderte er weitere, bereits beschlossene Kampfaktionen der Arbeiter.

Das Ergebnis war mehr als mager und ist auf das Verhalten des von der SPÖ dominierten Zentralbetriebsrates zurückzuführen.

Obwohl die Arbeiter in allen Betrieben bereit waren, den Kampf um die achtprozentige Erhöhung zu führen, hat der Zentralbetriebsrat schon nach ganz kurzer Verhandlung und ohne vorher die anderen Betriebsräte oder gar die Arbeiter zu informieren, einer viereinhalbprozentigen Erhöhung zugestimmt.

Offensichtlich wurden die Zentralbetriebsräte von ihrer Partei angewiesen, unter allen Umständen eine Zuspitzung des Lohnkampfes zu verhindern. Gewerkschaftsführung und Regierungspartei ist jederzeit bereit, die Interessen der Arbeiter zu vergessen oder zu verraten, wenn diese nicht in ihren Kram passen.

-H.B.-

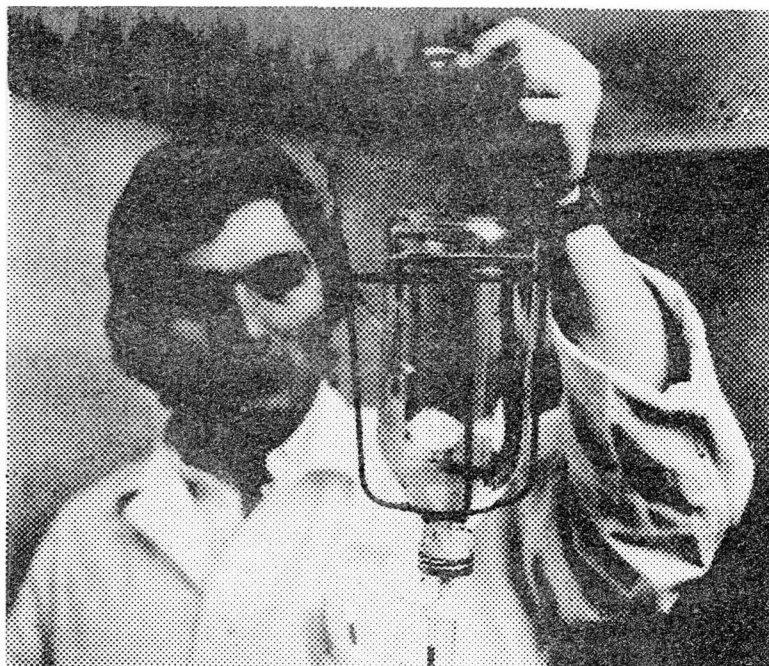
Diplompfleger in Wien

Ein Beruf für junge Männer mit Herz

Als Mitarbeiter des Arztes hat der Diplompfleger eine interessante und verantwortungsvolle Tätigkeit. Er braucht eine Grundausbildung in der Medizin und braucht technische Kenntnisse. Er muß Kranke versorgen und er muß mit modernen medizinisch-technischen Geräten umgehen können.

Das wichtigste aber ist: In diesem Beruf kann man nie in eine langweilige, zermürbende Tretmühle geraten. Jeder Fall ist ein eigener Fall, und jeder verlangt den ganzen Mann.

Wenn Sie sich für den Beruf des Diplompflegers interessieren und Ihre Pflichtschulzeit erfolgreich hinter sich gebracht haben, dann bildet Sie die Stadt Wien gerne aus.



Nähere Informationen:

Senden Sie bitte diesen Kupon an das

Rathaus, 1082 Wien, Kennwort „Diplompfleger in Wien“

Es genügt aber auch ein Anruf: **(0 22 2) 63 97 11, Klappe 315, 328 oder 353.**

Ich interessiere mich für den Beruf des
„Diplompflegers in Wien“ und ersuche um
Zusendung einer Informationsschrift.

Name:

Anschrift:

Geburtsdatum:

Schulbildung:



Das Assanierungs- und Bodenbeschaffungsgesetz

Der Boden ist teuer und die Wohnungen sind zum Teil unter jeder Kritik. Auf die Dauer wird sich dies in höheren Lohnforderungen niederschlagen. Da die "Privatinitiative" offenbar stillliegt, muß man ihr einen Schubs geben. Das waren die Überlegungen, die zur Verabschiedung des Stadterneuerungs- und des Bodenbeschaffungsgesetzes am 3. Mai 1974 führten.

DIE BODEN-UND BAUPREISE

1972 ließ die Gemeinde Wien vom Raumplanungsinstitut die Wiener Bodenpreise erheben. Die angewandten Methoden führten dazu, daß die echten Preis um ein Drittel bis zur Hälfte über den erhobenen liegen. Das soll man hier beachten. Einige Zahlen: Im 1. Bezirk liegen die Mittelwerte pro Zählbezirk zwischen S 12.000,- (Salzgries) und S 20.000,- pro Quadratmeter. Tatsächlich jedoch zahlt man in der Gegend des Stephansplatzes (U-Bahn!) bereits bis S 50.000,-. Im 2. Bezirk zahlt man angeblich zwischen S 1.300,- und S 2.600,- mit Spitzenwerten von S 7.000,- Front Donaukanal, im 3. zwischen 1.000,- und 3.500,-, im Bereich Landstraße S 12.000,-, im 4. zwischen S 3.600,- und S 12.000,- usf. Die Werte sind wie gesagt, unterschätzt, da ihnen die Kaufabschlüsse der Gemeinde Wien zugrunde liegen, welche natürlich eine weitaus bessere Marktübersicht haben. Außerdem kommt es nicht selten vor, daß die grundbücherlich eingetragenen Preise fiktiv sind, d. h. daß in Wirklichkeit bis zu vierfach höhere Preise bezahlt werden. Nur kann man das höchst selten eindeutig nachweisen.

Die Baupreise werden höchstens noch in gewissen Studien für auftraggebende Ministerien mit S 6.000,- oder S 7.000,- pro Quadratmeter Wohnfläche angenommen. De facto liegen sie meist über S 9.000,-. Für eine 80 Quadratmeter Wohnung - der Durchschnitt im Gesamten liegt seit

1970 bei 78 Quadratmeter für Neubauwohnungen - ergibt das einen stolzen Preis von S 720.000,-. Infolge der hohen Zinssätze für Wohnbaukredite wird menschlich wohnen langsam unerschwinglich. Nun mag es eindrucksvoll aussehen, wenn Bürgermeister Gratz und Stadtrat Pfoch eine deutliche Erhöhung der Wohnbeihilfen angekündigt haben (am 6. Mai), welche die Gemeinde Wien angeblich mit 100 gegenüber jetzt 25 Millionen Schilling belasten wird. Unter den derzeitigen Umständen bleibt dies ein Tropfen auf dem heißen Stein. Außerdem nehmen viele Anspruchsberechtigte diese Beihilfen nicht in Anspruch, teils wegen Uninformiertheit, teils, weil den Herrschaften in der Bartensteingasse 7 (Förderungsstelle) ihre Ruhe offenbar über eine zügige Erledigung der Anträge geht.

Einstweilen blüht die Spekulation weiter, und erhaltungswürdige Altbauten verfallen, weil ihre Besitzer durch den Verkauf ihres Bodens mehr verdienen können als mit den Mieten. Hier wollen die zwei Gesetze ansetzen und die Zuchtrute schwingen.

DAS GESETZESWERK

Es besteht aus zwei Gesetzen, die jedoch praktisch denselben Inhalt haben. Auf Antrag der Gemeinde oder der Hälfte der Eigentümer kann die Landesregierung ein Gebiet oder ein Objekt zum Assanierungsgebiet erklären, wenn die Hälfte der Wohnungen mangelhaft ausgestattet sind (Wasser, WC außen) oder sonst in ihrer Qualität beeinträchtigt sind (Lärmbelästigung, Immissionen = Abgaseinflüsse und dergleichen). Dann treten eine Reihe von Vorkehrungen in Kraft: Bodenverkäufe (außer unter Verwandten) bedürfen der Genehmigung, ebenso wie andere Rechtsgeschäfte, womit dingliche Rechte erworben werden (z. B. Hypotheken). Außerdem besteht Anbotspflicht, d. h. vor einem Verkauf an Private muß das Grundstück erst der

Gemeinde angeboten werden. Nach 2 Jahren dürfen dann unter gewissen Voraussetzungen Grundstücke, gegen Entgelt natürlich, enteignet werden. Für die Entschädigung wird der Wert zugrunde gelegt, den das jeweilige Grundstück 1 Jahr vor Erlassung der Assanierungsverordnung hatte. Das Wichtigste aber und der eigentliche Sinn des Gesetzes findet sich in der Bestimmung, daß nach dieser Verordnung Erneuerungsgemeinschaften zu bilden sind, bzw. gebildet werden können (Kann-Bestimmung). Das sind Eigentümergenossenschaften, welche auf Antrag der Hälfte der Eigentümer durch Verordnung der Bezirksverwaltungsbehörde gebildet werden, aber alle Eigentümer des Assanierungsgebietes erfassen. Diese Erneuerungsgemeinschaft hat jetzt quasi-öffentliche Funktionen, insbesondere übernimmt sie die Eigentumsfunktion. Ein Mitglied kann nur austreten, wenn es seinen Boden der Gemeinschaft überträgt oder aber an jemanden verkauft, der seinerseits Mitglied werden muß. Damit ist eine Enteignung zugunsten Privater begründet, und zwar durch Gesetz. Das ist ein Verfahren, das im staatsmonopolistischen Kapitalismus immer beliebter und immer häufiger angewandt wird. Hat die Industriellenvereinigung ironischerweise recht gehabt, als sie das Bodenbeschaffungsgesetz das "eigentumsfeindlichste Gesetz der zweiten Republik" genannt hat? Naja, dem Groß-eigentum und dem kapitalistischen Eigentum im Ganzen ist dieses Gesetz sicherlich nicht feindlich. Im Ganzen gesehen ist es darauf angelegt, wenn nur irgendmöglich das teuflische Instrument der Enteignung zu umgehen, der "Privatinitiative" einen Stoß zu geben, damit sie gefälligst ihre gehörige kapitalistische Pflicht tut.

Auf die Verfahrensbestimmungen brauchen wir hier nicht einzugehen. Und das Bodenbeschaffungsgesetz unterscheidet sich nur durch ein Detail vom Stadterneuerungsgesetz: daß es eine Enteignung auch ohne vorherige Zweckwidmung zuläßt. Das hat VP-Abgeordnete zum entsetzten Aufschrei veranlaßt, hier finde eine "Verstaatlichung der Bodenspekulation" statt: Ein wirklich horrender Gedanke, schließlich wurden bisher immer nur Verluste verstaatlicht.



„Haltet mir die Systemveränderer vom Leib – Recht muß Recht bleiben!“

UND WAS SAGEN DIE
PARLAMENTSPARTEIEN DAZU ?

Abgesehen von der notwendigen Haxelbeißerei fast wörtlich dasselbe. Beide betonen, daß das Bodeneigentum "besonderen sozialen Bindungen unterliegt" (VP-"monatshefte"). Während aber die VP herausstellt, daß dies vor allem der Sicherheit der einzelnen Eigentümer selbst dient, glaubt die SP, sich noch einige demagogische Bemerkungen über die "Heiligkeit des Bodeneigentums" schuldig zu sein. Sie möchte Verfügungs- und Nutzungseigentum trennen. Mit anderen Worten: Unternehmerische Initiative und Risiko soll den Kapitalisten abgenommen werden, dafür dürfen sie aber die Profite einstreichen. Schließlich haben diese Parteien gemeinsam das Stadterneuerungsgesetz beschlossen. Beim Bodenbeschaffungsgesetz fiel die VP im letzten Moment noch einmal um, sehr zur Überraschung ihres Unterhändlers, NR. Helbich, weil der Bauernbund seine Urangst um das Bodeneigentum nicht überwinden konnte. – Die FP schließlich hatte offenbar ähnliche Ängste, und die KP beschränkte sich darauf, auf das leuchtende Beispiel der Länder des Sowjetblocks hinzuweisen.

Was haben nun die Gesetze im Zusammenhang für einen Sinn? Bei der zunehmenden Vergesellschaftung der Produktion kann ein Fehlverhalten einzelner Kapitalisten die ganze Klasse in Mitleidenschaft ziehen. In

diesem Sinn sollen die Einzelinteressen zur Ordnung gerufen werden. Das gilt insbesondere mit der Wohnwirtschaft, die ja direkt die Lebensumstände der Arbeiter beeinflusst und damit auf die Lohnhöhe starken Einfluß hat. Im Interesse der Unternehmer sollen also die Bodenspekulanten sanft an die Kandare genommen werden. So schlecht geht es ihnen ja nicht. Wenn ihre Grundstücke in der Folge von Flächenwidmungsplänen z. B. Aufwertungen erfahren, können sie dies ruhig behalten – in Schweden etwa wird ihnen dieser Gewinn genommen. Das nennt man Planwertausgleich. Wenn aber eine Wertverminderung erfolgt, so erhalten sie den in einigen Bundesländern – Tirol, Vorarlberg, Steiermark – immerhin ausgeglichen. Zu sehr sollen sie nicht

zu klagen haben. An der leichten Einschränkung der Spekulation ist vor allem die SP interessiert. Sie soll schließlich die Arbeiter und ihren Unmut zügeln, ihre Lohnansprüche einschränken. Und sie bleibt genauso lange regierungsfähig für die Kapitalisten, solange ihr dies gelingt. Wenn nicht mehr, nun, die alten konservativen Parteien sind scheinbar für direkte Repressionen immer noch besser geeignet, obwohl sich die Sozialdemokratie dabei auch nicht lumpen läßt: Radikalenerlässe, Notstandsgesetze etc...

Eng damit im Zusammenhang, eigentlich nur die Kehrseite der Medaille ist der zweite Zweck. Bodenbeschaffung, Wohnbauförderung, Wohnbeihilfen dienen der Profitsubventionierung, einerseits über den niedrigeren Lohn, wie schon gesagt, andererseits damit, daß damit Kapitalien in gewissem Sinn aus dem Verkehr gezogen werden. Sie wirken dem Fall der Profitrate entgegen.

Soll das heißen, daß man deswegen rundweg jedes solches Gesetz ablehnen muß? Das wäre die gängige Kinderei, jede Reform als Reformismus abzutun. Man muß sich nur darüber im klaren sein, daß man damit nicht "sozialistische Politik" betreibt. Das Gerede von einer sozialistischen Kommunalpolitik allerdings ist Geschwätz, wenn man sich nicht ihrer engen Grenzen bewußt ist. Ein Blick auf die z. B. von der KPI verwalteten Städte wie Bologna kann dies zeigen.

-A. F. R. -

I.G. Spittelberg

Sie, die IG Spittelberg, haben es geschafft. Der Spittelberg ist zu einem Begriff, zum festen Bestandteil von städteplanerischen Diskussionen, zu einem der vorrangigen Sanierungsgebiete geworden.

Konkret, was und wo ist der Spittelberg? Das Spittelbergviertel ist eines der wenigen Gebiete Wiens mit einer noch ziemlich geschlossenen alten (von Barock bis Biedermeier) Bausub-

stanz, die allerdings im Verfall begriffen ist und teilweise bereits erhebliche Bauschäden, die bis zur Unbewohnbarkeit führen, aufweist. Im 7. Bezirk zwischen der Siebensterngasse und der Burggasse liegend ist das Spittelbergviertel stadtwärts von der Breitegasse und stadtauswärts von der Stiftgasse begrenzt, wobei parallel zu diesen beiden Gassen noch die Kirchberggasse, die Gutenberggasse, die Spittelberggasse und die Schrank-

gasse in engem Abstand dazwischen liegen.

In der derzeitigen Situation stellt das Spittelbergviertel ein ausgesprochenes Sanierungsgebiet mit allen dazugehörigen Charakteristiken dar. Die Sanitärversorgung ist mehr als unzureichend, Licht, Luft und Sonne kaum vorhanden und von für die Erholung oder Kinderspiel nutzbaren Freiräumen kann keine Rede sein. Die Struktur der Wohnbevölkerung der noch bewohnbaren Häuser, die zwischen Baulücken und gepöhlzten Halbruinen verblieben sind, ist dementsprechend. Alte noch aus Tradition dort wohnende Leute und Gastarbeiter, von denen ja bekannt ist, daß man aus ihnen auch noch unter menschenunwürdigen Bedingungen hohe profitable Mieten pressen kann. Erstaunlich an dieser Situation ist nur, daß ein erheblicher Teil der Häuser, darunter auch das schönste (Amerlinghaus) und die baufälligsten, teilweise bis zu zehn Jahren im Besitz der Gemeinde Wien sind.

Bei Privatbesitzern ist der Fall klar. Die alte Bausubstanz hat abgesehen von den notwendigen städtebaulichen, baulichen und sanitären Sanierungsmaßnahmen zwei entscheidende Nachteile im Bezug auf die Rentabilität für die Besitzer.

1. Die relativ geringe Ausnutzung des auf Grund seiner zentralen Lage sehr teuren Grundes und damit verbunden sehr geringe und nur zu Wohnzwecken geeignete vermietbare Flächen. Ein neues Bürohaus

würde nicht nur eine Steigerung der vermietbaren Fläche auf ein Vielfaches bringen, sondern auch noch eine Vervielfachung des Mietaufkommens durch die Tatsache, daß die Mieten für den Quadratmeter-Bürofläche zwei- bis fünfmal so hoch ist, wie die für den Quadratmeter-Wohnfläche bei der Neuvermietung.

2. Dort, wo aber noch Mieter die Wohnungen bewohnen, die Anspruch auf den Mieterschutzzins haben, können die Hauseigentümer dem Sinn dieser sozialen Gesetzgebung entsprechend, keinen Gewinn aus der Vermietung dieser Häuser ziehen, und sind daher an deren Erhaltung nicht interessiert. Wie kommt es aber, daß sich das Bild des spekulativen Verfalls auch an den Häusern die im Besitz der Gemeinde Wien sind zeigt? Mit welchem Ziel siedelt die Gemeindeverwaltung noch systematischer (auf Grund der besseren Möglichkeiten) als die Privatbesitzer die Bewohner ab? Doch nicht aus dem selben wie die Bau- und Bodenspekulanten?!

Es gibt auch noch andere Sanierungs- oder Stadterneuerungsmethoden als das der freien Marktwirtschaft und dem Warencharakter von Boden und Wohnungen am eindeutigsten entsprechende, Verfallklassen von unprofitablen Einzelobjekten und deren ersetzen durch, auf maximalen Gewinn abzielende, Neubauten. Einige Zeit setzte man alle Hoffnungen auf die Möglichkeit ganze Viertel auf einmal

durch Neuplanungen zu ersetzen. In Deutschland gibt es dafür den bezeichnenden Begriff Kahlschlagsanierung. Hier geht es zwar dann nicht mehr um die bessere Ausnutzung von Einzelgrundstücken durch Private, aber auch öffentliche Bauträger und Genossenschaften streben nach bestmöglicher Verwertung des zur Verfügung stehenden Areals, auch in bezug auf den Wert der vermietbaren Flächen. Es wird auch hier eher nach (Boden-) marktwirtschaftlichen als nach städteplanerischen - z.B. Durchmischung von Arbeits- und Wohnbevölkerung, und sozialen, in besseren Gegenden werden die Wohnungen entsprechend teuer - Erwägungen vorgegangen. In den meisten Fällen erwiesen sich auch die Nachteile der Zerstörung der vorhandenen städtischen und sozialen Strukturen als wesentlich schwerwiegender als die oft geringfügigen Vorteile in bezug auf Licht, Luft und Sonne der Neuplanung.

In beiden Fällen, und man kann annehmen, daß die Absichten der Gemeinde Wien in Richtung Kahlschlagsanierung liefen, würde der noch vorhandene Bestand an erhaltenswerten, kulturhistorisch wertvollen und als Ensemble für Wien fast schon einmaligen an Bausubstanz zerstört werden. Der Hinweis auf diese Tatsache durch die zuständigen Behörden und die I. G. Spittelberg fiel in einen dafür günstigen Zeitraum. Von amtlicher Seite ist nämlich seit kürzerer Zeit zu hören, daß der quantitative Wohnungsfehlbestand gedeckt und nunmehr ein qualitativer Bedarf zu befriedigen sei, was im Klartext ein Zurückziehen vom aktiven Baugehen bedeutet. Zur Ablenkung von dieser Politik sind spektakuläre Sanierungsmaßnahmen zur "Revitalisierung" und Altstadterhaltung bestens geeignet. In diesen Rahmen gehört auch das in der letzten Zeit so lautstark erhobene Kriegsgeschrei gegen die Abbruchspekulanten. Außerdem ist das Verdienst der Altstadterhaltung so groß, daß die Gefahr der öffentlichen Kritik und Unzufriedenheit, die bei Neuplanung fast unausbleiblich ist, sehr gering ist.

Die Kritik kam aber verdienstvoller Weise durch die I. G. Spittelberg doch. Durch die Sanierungsplanung der von der Gemeinde Wien beauftragten GESIBA drohte auf Grund der



ungeheuer hohen Kosten (13.500, – Schilling pro Quadratmeter), die sich in erheblichen Baukostenzuschüssen (2.000, – Schilling pro Quadratmeter) und Mieten (50, – Schilling pro Quadratmeter) niederschlugen, aus dem Spittelberg ein Luxusgetto ähnlich der Blutgasse zu werden. In der Liste der entsprechend zahlungskräftigen Interessenten befinden sich nicht weniger als 13 Universitätsprofessoren. Die vorhandene Wohnbevölkerung müßte mit irgendwelchen Ersatzwohnungen am Stadtrand vorlieb nehmen. Die Wohnungsqualität wird also für jene verbessert, die bereits in guten Wohnungen leben, oder sich zumindest solche auf dem freien Markt leisten können und nicht für die große Zahl der arbeitenden Bevölkerung, die heute noch in den gründerzeitlichen Mietskasernen hausen, deren Wohnqualität nie entsprochen hat.

Die I. G. Spittelberg hat nun aus ihrem Selbstverständnis als Bürgerinitiativgruppe heraus ein Konzept ausgearbeitet, bei dem die Interessen der derzeitigen Bewohner des Spittelberges, vor allem in bezug auf deren Verbleib in diesem Viertel, und aller anderen am Spittelberg Interessierten zum Tragen kommen sollen. Das Konzept zielt im wesentlichen auf Revitalisierung durch Ansiedlung von örtlichen und überregionalen Versorgungseinrichtungen und Gewerbe ab. Damit wäre auch die Grundlage für die wichtige Durchmischung von Arbeits- und Wohnbevölkerung, die eine Belebung des Viertels zu allen Tagesabschnitten bringen soll, gegeben. Zur Steigerung des Wohnwerts und zur Verbesserung der Freiraum-, Licht-, Luft- und Sonnensituation sollte der gesamte Spittelberg zur Fußgeherzone erklärt werden, Baulücken entweder für Spielplätze oder für Grünflächen verwendet werden und soweit wie möglich mit den Höfen, deren Hinter- und Trennwänden fallen müßten, zu einem Fußgehersystem, das quer zur Richtung der Gassen verläuft, verbunden werden. Besonderen Wert wird auf eine soziale Durchmischung der Wohnbevölkerung, die nach einem Sozialplan erfolgen soll, gelegt. Selbstverständlich soll den derzeitigen Bewohnern der Verbleib am Spittelberg ermöglicht werden. Dazu wird erstens ein bauliches Konzept



vorgeschlagen, das erprobterweise die Sanierungskosten beträchtlich (bis auf ein Viertel) senken soll, und zweitens sollen jene Interessenten, deren Ansiedlung oder Verbleib auf Grund des Sozialplanes wünschenswert wäre, aber nicht in der Lage sind die notwendigen Mittel aufzubringen (es ist auch an Studentenwohnungen als Alternative zu den Studentenheimen gedacht) von der Gemeinde Wien durch Mietzinsbeihilfen und andere Formen der Subjektförderung unterstützt werden. Ob eine derartige soziale Durchmischung auch wirklich in der Praxis den gewünschten Effekt der nachbarschaftlichen Kommunikation und sozialen Belebung bringen kann, ist auf Grund der Tatsache, daß sie nicht den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen entspricht mehr als fragwürdig. Trotz dieser Einschränkung ist das Konzept der I. G. Spittelberg als Alternative, die an Gesichtspunkten der Gesamtstruktur der Stadt und an sozialen Aspekten orientiert ist, sehr zu begrüßen. Der Wunsch nach Verwirklichung scheint aber ein Traum zu bleiben. Zwar erklärte sich die Gemeinde Wien bereit die I. G. Spittelberg als Vertreter der Interessen der Bewohner anzuerkennen, weiters die I. G. mit der Erstellung eines städtebaulichen Konzepts und sogar mit der Sanierung der Häuser Spittelberggasse 13 und 15 unter Berücksichtigung der dazwischen liegenden Baulücke zu beauftragen, doch zeichnet sich für die I. G., die zusehr im Problembereich Spittelberg verfangen ist,

dasselbe Schicksal ab, das auch andere Bürgerinitiativen ereilt hat. Es wird unter dem Vorwand der plötzlich unaufschiebbar notwendig gewordenen Instandsetzungsarbeiten von der GESIBA mit der Luxus-sanierung an fünf Häusern, darunter das eine zentrale Rolle spielende Amerlinghaus, begonnen werden, ohne das städtebauliche Konzept abzuwarten und ohne den sozialen Kernpunkt des Konzepts der I. G. zu berücksichtigen. Die I. G. soll, wie sich bei der letzten öffentlichen Diskussion mit Gemeindepolitikern, die im Rahmen des jährlich stattfindenden Spittelbergfestes im Hof des Amerlinghauses abgewickelt wurde, herauskristallisierte, mit der Sanierung von Einzelobjekten abgespeist werden und im übrigen die Funktion übernehmen dem Unwillen der dort ansässigen und übrigen interessierten Bevölkerung den Wind aus den Segeln zu nehmen in dem sie das Gefühl der Mitsprache (in einigen Bereichen werden sicher die Anregungen die über die I. G. kommen akzeptiert werden) und der Mitverantwortung vermitteln.

Es bleibt also nur zu hoffen, daß die Standfestigkeit der I. G. Spittelberg soweit reichen wird, daß sie zum mindesten einen Teil des prinzipiellen Gehalts ihres anspruchsvollen Konzepts durchsetzen wird, und das der Spittelberg zu einem lebendigen, attraktiven und für den Durchschnittsverdiener erschwinglicheren Teil unserer Stadt wird und nicht zu einem musealen Luxusgetto.

-g. f. -

Mieter gegen Spekulanten

Am 25. Juni 1974 fand eine Demonstration von ca. 500 Mietern, die von der Delogierung bedroht waren, statt. Zur Zeit sind in Wien über 4.000 Mieter aus ihren Wohnungen gekündigt worden. Die betroffenen Mieter haben sich in der Aktion gegen Abbruchspekulation zusammengeschlossen, um organisiert gegen die Abbruchspekulation vorgehen zu können: Die Mieter schätzen, daß etwa 300.000 Altbauwohnungen in Wien gefährdet sind, die jederzeit niedergegrissen werden könnten, wenn es den Interessen der Hauseigentümer entspricht.

Die Vorläufer dieser Aktion gehen bis ins Jahr 1971 zurück: Damals wurden 177 Parteien der "Jubiläumshäuser" in Ottakring gekündigt. Der Hauseigentümer machte als Begründung "wirtschaftliche Abbruchreife" gültig. Die Erfahrungen, die die Mieter im Kampf gegen das Kündigungsurteil gemacht haben, waren typisch:

daß der neue Hausherr das Objekt gerade wegen der wirtschaftlichen Abbruchreife unmittelbar vor der Aufkündigung der Mieter erstanden hatte,

daß auf die Petitionen der Mieter an die Gemeinde Wien (in dem Fall an den damaligen Bürgermeister Slavik) eine Reihe von nichtssagenden Unverbindlichkeiten von sich gab, die am dicken Ende (Räumung) natürlich nichts änderten.

daß die Gemeinde, abgesehen von ihren Unverbindlichkeiten ("Wir würden ja die Häuser kaufen, aber der Eigentümer will abreißen, da sind wir machtlos"), mit denen sie ihr angebliches Interesse an der Erhaltung der Häuser vorzugaukeln suchte, ihr tatsächliches Interesse über das gemeindeeigene Wohnungsunternehmen GESIBA wirksam zum Durchbruch brachte: das Interesse an Abbruch und Neubau, das der GESIBA weit profitabler erschien und das Schattenboxen der Gemeinde "Wer ist stärker: Ich

oder ich?" mitentschied zugunsten ihrer Rolle als Baukapitalisten.

daß die zum Teil widersprüchlichen Bestimmungen des Mietengesetzes letztendlich doch die Interessen der herrschenden Klasse vertreten, weil die bürgerliche Justiz ihren Klassencharakter weder verbergen kann noch will.

Nach einer Reihe von Prozessen, in denen ein Gutachter nach dem anderen auftrat, ein Rechtsanwalt den anderen ablöste, ein Richter den nächsten – kurz der ganze langsame

Apparat der bürgerlichen Legalität bemüht wurde – jedenfalls hatten die Mieter die Wohnungen zu räumen und obendrein noch die Prozeßkosten zu tragen.

Dieser Fall ist, wie gesagt, kein Einzelfall. Da sich immer mehr Mieter gegen die bisher klaglos ablaufende Praxis der Abbruchspekulation organisiert zur Wehr setzten, sind ihnen sogar schon einige Erfolge gelungen. So etwa im Fall der Häuser am Judenplatz, wo die Mieter sich die Erhaltung ihrer Wohnungen erkämpfen konnten.

Aktion gegen Abbruchspekulation

OFFENER BRIEF

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Gratz
Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister Pfoch

Wir stehen als bedrohte Mieter vor Ihnen. Über 4.000 von uns sind unmittelbar von der Abbruchspekulation betroffen. Wir sollen aus unseren Wohnungen vertrieben werden. Aber auch die Bewohner von weiteren 300.000 Wohnungen haben keinerlei Garantien, daß sie nicht in die gleiche Lage kommen werden. Gerade jetzt erfahren wir am eigenen Leibe, wie sich täglich die Profitinteressen der Spekulanten gegen unsere Interessen als Bewohner durchsetzen und das, obwohl wir immer wieder die offiziellen Beteuerungen hören, die Wohnung wäre keine Ware und kein Spekulationsgegenstand. Irritiert stellen wir fest, daß wir sowohl von privaten wie öffentlichen Spekulanten bedroht sind.

In dieser Situation haben wir uns entschlossen, von Ihnen als unseren gewählten Vertretern Rechenschaft zu verlangen. Zur Durchsetzung unserer Interessen als Mieter stellen wir die Forderungen auf:

- RÜCKNAHME ALLER KÜNDIGUNGEN
- RÜCKNAHME ALLER DELOGIERUNGEN
- INSTANDSETZUNG ALLER WOHNHÄUSER
- UNSERE STEUERGELDER FÜR DIE INSTANDSETZUNG UNSERER WOHNHÄUSER
- RIGOROSE KONTROLLE DES BAUZUSTANDES ALLER WOHNHÄUSER
- KEINE ARMENFÜRSORGE, SONDERN MIETERKONTROLLE IN ALLEN WOHNUNGSANGELEGENHEITEN
- RECHENSCHAFTSPFLICHT DER ÖFFENTLICHEN HAND GEGENÜBER DER MIETERKONTROLLE

Wir laden Sie zu unserer Kundgebung am

Dienstag, den 25. Juni 1974 um 17,30 Uhr vor dem Wiener Rathaus

ein und erwarten, daß Sie zu unseren Forderungen Stellung nehmen.

AKTION GEGEN ABRUCHSPEKULATION

Eigentümer, Herausgeber und Vervielfältigung: Aktion gegen Abbruchspekulation
Für den Inhalt verantwortlich: Herbert Maly, alle: 1060 Wien, Wallgasse 33

Die Aktion gegen Abbruchspekulation, eine Selbstorganisation der Mieter, kam nun zu Stande, weil immer mehr Mieter erkennen, daß sie ihre Situation nicht isoliert lösen können: der Kampf kann nicht beschränkt werden auf das einzelne Haus, er muß das System der Abbruchspekulation als Ganzes bekämpfen. Die Demonstration, an der Vertreter aller betroffenen Häuser teilnahmen, war der Ausdruck dieses Bewußtseins. Nebenstehend drucken wir den offenen Brief der Aktion an die Gemeinde ab.

Bezeichnend war das Verhalten der "Stadtväter": Zwar war der neue Bürgermeister im Rathaus anwesend, aber der gute Gratz weigerte sich, die Einladung der Mieter, vor ihnen am Rathausplatz Rede und Antwort zu stehen; das wäre doch zuviel der Demokratie gewesen. Er schlug vielmehr vor, einen zwanglosen Kaffeeplausch mit vier oder fünf Abgesandten der Demonstration im verschlossenen Rathauskämmerchen durchzuführen, ein Verhalten, das von den Demonstranten mit sichtlicher Empörung abgelehnt wurde. Denn daß dieses Plauderstündchen

keine Ergebnisse bringt, haben die meisten von ihnen schon mehrfach erlebt, als sie sich noch vertrauensvoll an "ihre Vertreter im Rathaus" vor der Aufkündigung gewandt hatten (siehe oben).

Ein Wort noch zum Verhalten unserer Maoisten, denen es beinahe gelungen wäre, diese Demonstration zu verhindern. Wir müssen zu diesem Verhalten einfach deshalb Stellung nehmen, weil es kein einmaliger Fehler war, der durchaus passieren kann, sondern weil hinter diesem Verhalten eine Methode und Strategie steckt, die dort schon viel Schaden angerichtet hat, wo diese Grüppchen stärker sind, als bei uns. Die Aktion gegen Abbruchspekulation hatte in mühevoller Kleinarbeit die betroffenen Mieter ausfindig gemacht und jedem einzelnen von den betroffenen 2.600 Parteien eine Einladung zur Demonstration zukommen lassen. Tatsächlich war die Empörung über die Praktiken der Abbruchspekulanten bei den Mietern so groß, daß in nahezu jedem Haus alle betroffenen Mieter zur Demonstration kommen wollten. Bloß: der Kommunistische Bund Wien (KB Wien) wollte mal wie-

der ein bißchen Rahm abschöpfen und die große historische Initiative ergreifen. Also schickte er flugs seine Aktivisten nochmals zu den Mietern, die diesmal erstaut zu den Kenntnissen nehmen mußten, daß eine ihrer Forderungen, nämlich diejenige nach der Kontrolle über die Steuergelder falsch sei, klassenbewußte Mieter nämlich die völlige Abschaffung der Steuern zu verlangen hätte, der KB Wien aber solche Fehler durchaus zu entschuldigen bereit ist und daher die Demonstration unterstützt. Der so belehrte Mieter bekam dann noch seine Lektion in Form der Sonderausgabe des "Klassenkampfes" (ihres Zentralorgans) überreicht. Der Erfolg war durchschlagend: in zahlreichen Häusern kam die Stimmung auf, man wolle sich nicht von den "Kommunisten" vor den Karren spannen lassen, man werde an dieser Demonstration nicht teilnehmen. Daß diese Demonstration dann trotzdem noch zu Stande kam, ist nur dem bewundernswürdigen Einsatz und der hohen Glaubwürdigkeit der Initiatoren dieser Mieterselbstorganisation zu verdanken.

Zur Frage der Kärntner Slowenen

Der Autor, Gerhard Friedrich, ist Vorsitzender des Bundes Kärntner Studenten der einzigen SP-nahen Organisation, die trotz einer gegenteiligen Empfehlung des Landespartei Vorstandes der SPÖ Kärnten dem Solidaritätskomitee für die Rechte der Kärntner Slowenen beiträgt; Kundgebungsredner bei der Demonstration des Solidaritätskomitees am 25. Oktober 1972.

Der Sprengstoffanschlag auf das Haus der Heimat des Kärntner Heimatdienstes hat wieder die Aufmerksamkeit vieler auf die immer noch ausstehende Verwirklichung der Rechte der Kärntner Slowenen gelenkt. Seit dem "Ortstafelkrieg" im Herbst 1972 drängen nur hin und wieder Informationen an eine breitere Öffentlichkeit.

MINDERHEITENFESTSTELLUNG ALS TREIBJAGD

In der deutschnationalen Subkultur Österreichs allerdings werben rechtsradikale Verbände verschiedener

Spielarten gemeinsam mit Vertretern aller bürgerlichen Parteien für ein Volksbegehren für eine geheime Minderheitenfeststellung. Diese Forderung ist der gemeinsame Nenner, auf den sich ein weites politisches Spektrum vereinigt; so hat auch die SP-Oberösterreich vor kurzem einen Vertreter in das Vorbereitungskomitee entsandt.

Vielorts wird nicht ganz verstanden, was gegen eine so demokratisch anmutende Forderung (sogar geheim soll die Slowenenzählung sein) wirklich einzuwenden ist, warum nicht wenigstens ein Kompromiß dieser

Art möglich sein sollte. Es läßt sich verschieden dagegen argumentieren: Formal ist einzuwenden, daß der Artikel VII des Staatsvertrages (der Grundlage aller Forderungen der Kärntner Slowenen und zunehmend auch der burgenländischen Kroaten ist) von einem slowenisch- und gemischtsprachigen Gebiet spricht, in dem zweisprachige topographische Aufschriften anzubringen und zweisprachige Schulen zu errichten sind, sowie Slowenisch überhaupt als zweite Amtssprache (insbesondere vor Gericht) vorzusehen ist. Um welches Gebiet es sich dabei handelt, war sowohl für die Nazi-Administration keine Frage (Allgemeine Anordnung Nr. 21/43/C des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums vom 6.2.1943, in dem das genau umschriebene "gemischtsprachige

ge Gebiet im Reichsgau Kärnten" zum Siedlungsgebiet für "bewährte deutsche Menschen" erklärt wird), stand aber auch 1945 in der Verordnung vom 3.10.1945 über das zweisprachige Schulwesen außer Frage. Dort wurde 64 Gemeinden des südlichen Kärntens der zweisprachige Charakter zuerkannt. In diesem Gebiet gab es damals 98 Volksschulen und 12 Hauptschulen, in denen der zweisprachige Unterricht obligatorisch für alle Kinder war.

"KÄRNTNER HEIMATDIENST"

Bereits 1948 begannen Unterschriftenaktionen gegen den obligatorischen Unterricht in beiden Landessprachen, doch hatten sich aufgrund der allgemeinen politischen Lage noch keine deutschnationalen Organisationen konstituiert, die eine koordinierte Kampagne hätten tragen können. Aber schon vier Tage nach Abschluß des Staatsvertrages fand die Gründungsversammlung des "Schulvereins Südmark" statt, einer Neugründung der gleichnamigen Organisation, die sich schon vor 1938 für die Ausmerzungen des "slowenischen Elements" eingesetzt hatte. Gemeinsam mit dem "Bund der Windischen" und der "Kärntner Landsmannschaft" bildeten die Kämpfer für eine "deutsche Schule" den Kärntner Heimatdienst. Eine - allerdings von Vertretern aller Parteien, einschließlich der Sozialdemokraten getragene - Organisation gleichen Namens hatte 1920 die Propaganda für den Verbleib Südkärntens bei der Republik Österreich geführt.

DEUTSCHNATIONALER GESCHICHTSMYTHOS

Genau die Volksabstimmung vom 10. Oktober 1920 (Landesfeiertag) und der ihr vorausgegangene "Abwehrkampf" bildet das Fundament des Geschichtsbildes der deutschnationalen Kärntner. Ganze Kompanien von "Abwehrkämpfern", von denen die meisten erst lang nach 1920 zur Welt gekommen sind, halten das Gedenken an die glorreiche Zeit aufrecht. Hans Steinacher, der führende Mann des Kärntner Heimatdienstes zur Zeit der Volksabstimmung schreibt, dazu in seinem Buch "In Kärntens Freiheitskampf" (1970 von der Kärntner Landesregierung anlässlich des 50-jähri-

Die Bombe von Miklauzhof

In den Morgenstunden des 7. Juni 1974 explodierte wieder eine Bombe in Südkärnten. Nach den Sprengungen der Partisanendenkmäler in Völkermarkt und in Robesch diesmal eine Bombe im sogenannten "Haus der Heimat" (des Kärntner Heimatdienstes).

Der erste Gedanke war, daß dieser Anschlag eine slowenenfeindliche Provokation ist, die dazu dienen könnte die Atmosphäre im Lande noch mehr zu vergiften.

Und in der Tat, nur zwei Tage später versuchte der Obmann des Kärntner Heimatdienstes Feldner auf einer Kundgebung in Eberndorf - Dobrla was die Schuld der Slowenen einfach zu "konstatieren" und zwar in einer Sprache, die an "ehemalige" Zeiten erinnerte. Die slowenischen Organisationen haben sich ganz deutlich gegen die Anwendung von Gewalt ausgesprochen und es ist auch abwegig, in solchen Anschlägen einen Nutzen für die Sache der Rechte der Kärntner Slowenen zu finden. Umgekehrt nützte der Anschlag bereits dem Heimatdienst (nicht Heimatschutz! d.A.), der so tat als sei die deutschsprechende Bevölkerung in Kärnten bedroht und müsse um ihre Rechte kämpfen. Siehe die erhobene Forderung nach deutschsprachigem Gottes-

dienst in allen Südkärntner Kirchen und siehe das Riesenaufgebot an Exekutive zum "Schutze" der Kärntner Heimatdienstler in Eberndorf. Der Anschlag dient also dazu, die sogenannte "Uranngst" der Deutschnationalen weiter zu pflegen und zu neuer Blüte zu bringen.

Unwillkürlich erinnert man sich an die Vorbilder der Vergangenheit, wo einmal die Deutschen in Österreich, dann in der Tschechoslowakei und dann in Polen, in Gefahr waren und man helfen mußte. Die faschistische "Haltet-den-Dieb"-Methode wird auch jetzt gegen unsere Slowenen angewendet.

Immer deutlicher wird, daß die anti-slowenische Kärntner Heimatdienst-Bewegung eine faschistoide politische Bewegung ist, die ihre Spitze vorerst gegen die slowenische Minderheit richtet, aber gleichzeitig schon weitere Ziele verfolgt: Die regelmäßig verfaßten Resolutionen bei solchen Denkmalenthüllungen fordern einmal die Freilassung des Kriegsverbrechers SS-Major Reder und nun die Stellungnahme der Präsidentschaftskandidaten zu den Forderungen des Kärntner Heimatdienstes in einer ultimativen Form ...

Die Bombenexplosion ist die artverwandte Begleitmusik!

gen Jubiläums der Volksabstimmung neu verlegt): "Die Opfer geschahen für die Freiheit und Ganzheit unserer Heimat und für den Bestand unseres Österreichs." Noch 1943 hieß es in diesem Buch an gleicher Stelle (damals hieß es allerdings "Sieg in deutscher Nacht"): "Kärntens Freiheitskampf konnte nur als deutscher Kampf, in Selbstverantwortung für das gesamte Reich und für Volkstum und Heimat geführt werden." Eine editorische Leistung der Verantwortlichen im Amt der Kärntner Landesregierung, der noch viele andere hinzugefügt werden könnten.

Wie war nun die Situation zur Zeit des Abwehrkampfes wirklich? Nach dem Zusammenbruch der Donaumonarchie bildete sich die SHS-Monarchie, die Serben, Kroaten und

Slowenen umfaßte. Dem stand die österreichische Republik gegenüber, die durch entscheidende sozialpolitische Maßnahmen (48-Stunden-Woche, Betriebsräte- und Kammerngesetz) große Hoffnungen in den bislang unterprivilegierten Schichten weckte. Die Bestrebungen, die slowenisch- und gemischtsprachigen Gebiete der SHS-Monarchie anzugliedern konnte allerdings auf die Unterstützung der slowenischen Großbauern rechnen, die sich davon eine Sicherung und Ausweitung ihrer feudalen Rechte erwarteten. Die Kampfhandlungen, die als Kärntner Abwehrkampf in die Geschichte eingingen, stützten sich also auf Klassengegensätze. Allerdings gingen von deutscher Seite natürlich nationale Ziele ein, doch waren es gerade diese nicht, die diesem Abwehrkampf eine

große Massenloyalität brachten. Auf slowenischer Seite existierte überhaupt nur ein kümmerliches nationales Bewußtsein, was auf verschiedene Faktoren zurückzuführen ist (wirtschaftliche Abhängigkeit der südlichen Landesteile von den nördlichen, z. B. gab es seit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts Pendlers; Karawanken als nahezu unüberwindbare geographische Schranken zum slowenischen Muttervolk u. a.). Es ist jedoch ein entscheidender Bestandteil der "Kärntner Ideologie", diese nationalitätenübergreifende Solidarität ihres Klassencharakters zu entkleiden und zu einem (deutsch-)nationalen Bekenntnis umzumünzen. Damals gewann die Bezeichnung "Windisch" für die "heimat-treuen Slowenen" im Gegensatz zu den "Nationalslowenen" ihren politischen Gehalt. Bruchlos fügt diese Argumentation die Anschlußbewegungen 1918 - 1920 (zur reaktionären SHS-Monarchie) und nach 1945 (an Titos Jugoslawien) als Wiederholung desselben Ereignisses aneinander.

Solche Geschichtsklitterungen bestimmen den Geschichtsunterricht an Kärntens Schulen, in denen durch das Zusammenwirken verschiedener Sozialisationsinstanzen nur "Kärnten" gesagt werden muß, damit die Schüler an ein "deutsches Kärnten" denken. Die Erklärung der Kärntner Landesversammlung vom 28.9.1920, die dieses harmonische Geschichtsbild stören könnte, dringt wohl nie an die Ohren eines Kärntner Schülers; darin hieß es: "Die Landesversammlung erklärt daher ..., daß sie den slowenischen Landsleuten ihre sprachliche und nationale Eigenart jetzt und alle Zeiten bewahren will." Dieser Absichtserklärung folgte schon bald die NS-Ära, in der mit Dienstanweisung Nr. 100 vom 4.5.1942 der Reichskommissar für Festigung des deutschen Volkstums verfügte, "daß die in den Lagern der volksdeutschen Mittelstelle verbleibenden Kinder der nicht eindeutschungsfähigen Slowenen eine schulische Betreuung nach dem Grundsatz 'Lesen, rechnen, Zähne putzen' erhalten sollen."

ASSIMILATIONSTENDENZEN

Aufgrund der spezifischen politisch-ökonomischen Bedingungen Südkärntens war jedoch die Reaktion der

Kärntner Slowenen auf diese Ausrottungspolitik nicht erstarkender Nationalismus, sondern nationale Auflösung und verstärkte Assimilationstendenzen. Nur vereinzelt wurden gerade Slowenen die einzigen Träger des antifaschistischen Widerstandes in Kärnten. Schon im 19. Jahrhundert war Assimilation der einzige Weg zu sozialem Aufstieg, doch hielt sich die Auswirkung dieser Tendenzen aufgrund der relativen Geschlossenheit des ländlichen Gebietes in Grenzen. Die wirtschaftliche Entwicklung, die Südkärntens relative Rückständigkeit aufrechterhielt, ergänzte die in den Perioden offener Repression eingeleitete Dezimierung durch sozialpsychologisch subtilere Mechanismen. So fehlen der slowenischen Umgangssprache (die von der slowenischen Schriftsprache ungefähr so weit entfernt ist wie die deutschen Dialekte der heimatbewußten Südkärntner, die man bei vielen Abwehrkämpfer-Kundgebungen hören kann) eigene Ausdrücke für modernere Geräte und Maschinen; Folge einerseits der technologischen Rückständigkeit der slowenischen Siedlungsgebiete und andererseits des Abschneidens der Kärntner Slowenen von der Weiterentwicklung der slowenischen Schriftsprache. Hier liegt ein wichtiger strategischer Aspekt des Kampfes gegen den zweisprachigen Unterricht. Diese These läßt sich in Umkehrung durch die positiven Auswirkungen des slowenischen Gymnasiums auf das Selbstbewußtsein vieler junger Slowenen beweisen.

Gerade dieses Wiedererstarken slowenischen Selbstbewußtseins findet jedoch - nach so langen Perioden ungebrochener Eindeutschungstendenzen - bei der nicht-agrarischen Bevölkerung Südkärntens negatives Echo. Die Verbindung zwischen slowenischer kultureller Autonomie und Abtrennungsbemühungen ist durch die Schule und informelle Sozialisationsinstanzen wie Gesangs- und Kulturvereinen, Freiwilligen Feuerwehren etc. tief eingegraben.

KLASSENSTRUKTUREN

Es ist den gut organisierten deutsch-nationalen Verbänden ein leichtes, damit vor allem im Kleinbürgertum (Lehrer, Klein- und Mittelgewerbe und auch den in oft unmittelbarer

personaler Abhängigkeit Arbeitenden im Fremdenverkehrs- und Dienstleistungsgewerbe) aber auch in der Arbeiterklasse, die in Kärnten besonders zersplittert und ideologisch fremdbestimmt ist, Fuß zu fassen. Diese sowohl zahlenmäßige als auch politische Schwäche der Arbeiterklasse in Kärnten resultiert aus der häufigen Doppelrolle: Kleinbauer und Fabrikarbeiter (aus Gründen der sozialen Absicherung), dem hohen Anteil von Niedriglohnarbeit für Frauen und Pendlerswesen für Männer, der geringen Zahl von Produktionsbetrieben und anderen Dienstleistungsbetrieben u. a. Diese Bedingungen erlauben es der intensiven und kontinuierlichen Propagandaarbeit deutsch-nationaler Arbeit" von Klein-, Mittel- und Großkapitalisten aber auch Gutsbesitzern, Großbauern etc. ist dem Kärntner Heimatdienst sicher.

Dieser sprachlich vermittelte Druck bewirkt - indem er den Gebrauch der slowenischen Sprache, insbesondere als Hochsprache in allen Lebensbereichen diskriminiert - eine weitere Verunsicherung gerade der sozial Schwächsten, die von Kind an im täglichen Leben slowenisch gesprochen haben, in der Schule einen auf ihre speziellen sprachlichen Probleme nicht abgestimmten deutschsprachigen Unterricht bekamen und so schließlich in beiden Sprachen auf sprachlich verarmten Varianten slowenischer und deutscher Dialekte angewiesen bleiben. Dies bewirkt eine spezifische Sprachlosigkeit gerade in jenen Bereichen, in denen in "hochdeutsch" ausgedrückt werden soll, was im täglichen Umgang im slowenischen Dialekt abgehandelt wird (z. B. Gericht und Behörden, Konflikte am Arbeitsplatz mit Vorgesetzten).

Aus dieser Situation heraus ist die Konstituierung einer eigenen slowenischen Liste für die Landtagswahlen 1975 ambivalent zu beurteilen. Einerseits eröffnet dies eine nationale Perspektive, die angesichts der beschriebenen Situation zur Schwäche und weiteren Schwächung verurteilt ist. Andererseits scheint dies im Moment die einzige Perspektive zur Emanzipation der schwächsten Gruppe der Kärntner Arbeiter und Bauern, obgleich diese Emanzipation unter Führung großteils konservativer bis klerikaler Slowenen stattfindet; auch ▶

Kärntner Slowenen besinnen sich auf eigene Kraft

Angesichts der breitangelegten Offensive jener Kräfte, von denen auch Kreisky die Bezeichnung "faschistisch" nicht gelten lassen will, gegen die staatsvertraglich verankerten Rechte der slowenischen Minderheit, hat der Beschluß der selbständigen Kandidatur des Klubes slowenischer Gemeinderäte bei den im März 1975 stattfindenden Landtagswahlen größte Bedeutung.

Angesichts des vom Kärntner Heimatdienstes betriebenen Kampfes gegen die slowenische Minderheit, unterstützt von FPÖ und ÖVP, und unterstützt durch die Kapitulation der SPÖ vor diesem Treiben, ist es nur begrüßenswert, daß sich zur Verteidigung ihrer Existenz die Kärntner Slowenen vor allem auf ihre eigene Kraft besinnen. Eines ist denn wohl klar: das Überleben der slowenischen Minderheit in Österreich hängt in erster Linie von der politischen Lebenskraft dieser Minderheit, von ihrem Auftreten, von ihrer Entschlossenheit, sich nicht weiter unterdrücken zu lassen ab.

Die politischen Parteien sind samt und sonders auf Stimmenfang aus. Sie haben alle ihr eigenes Parteiinteresse

oder ihren Opportunismus, obwohl sie vorgeben für das ganze "Volk", für "alle Kärntner" da zu sein.

Wer wird die Interessen der Kärntner Slowenen vertreten, wenn nicht die Kärntner Slowenen es selbst tun!

Wenn sie für mehr Demokratie, für Fortschritt und Völkerfreundschaft - neben ihrem Hauptanliegen der vollen Erfüllung der staatsvertraglich festgelegten Rechte - eintreten, dann werden sie in der Lage sein, freilich unter Überwindung von größten Schwierigkeiten von allen Seiten, ihre bewußten Kräfte zu mobilisieren, die Zögernden aufzumuntern und die Basis für ein möglichst geschlossenes Auftreten zu schaffen. Weil es sich hier um einen demokratischen Kampf handelt, um die Sicherung der nationalen Existenz der slowenischen Minderheit, müßte dieser auch von den anderen fortschrittlichen Kräften in Kärnten und Österreich unterstützt werden.

Dies umsomehr als dieser Kampf den Slowenen von jenen Kreisen aufgezungen wurde, die sich auch gegen den sozialen Fortschritt, die demokratische Entwicklung und schließlich auch gegen die nationale Existenz Österreichs selbst richten.

dies ein Beleg für die ökonomisch und ideologisch bedingte Schwäche der Arbeiterklasse. Diesem widerspüchlichen Charakter gegenüber verhalten sich die Parteien Kärntens einigermassen ratlos. Die SP, deren Alibislowene im Landtag, Ogris, bei den Vorwahlen durchgefallen ist, baut eher auf die Stimmen der Nicht- und Anti-Slowenen und kann die bisherige opportunistische (sozialpartnerschaftlich bedingte) Strategie nur fortsetzen. Wie die Situation in der Kärntner SP ist, zeigt allein, daß Sima bei einem ohnehin zaghaften und aus "Staatsräson" gesetzten Schritt in Richtung rechtlicher Gleichstellung der Slowenen gemäß dem Staatsvertrag seine vorher unangefochtene Machtstellung verloren hatte. Wagner, der sich so neutral verhalten hatte, daß ihn sowohl Sima-Anhänger als auch Sima-Gegner wählen konnten, denkt nicht - und kann nicht daran denken - gegen die

Deutsch-Nationalen und die von ihnen Beeinflussten aufzutreten. Also verurteilt man diese Liste, weiß aber gleichzeitig, daß man den Slowenen keine Alternative innerhalb der SPÖ anzubieten hat.

NATIONALE FRAGE UND DIE LINKE

Die KPÖ verdankt der Aktivierung und dem Erstarken der slowenischen Intelligenz, wenigstens teilweise aus ihrem Ghetto gefunden zu haben; sie verweist also auf ihren internationalistischen Charakter als Grund für die Slowenen, KP zu wählen, vermeidet aber, um nicht wieder ins out zu kommen, direkte Angriffe auf die slowenische Liste.

Was konkrete politische Orientierung anbelangt, ist tatsächlich guter Rat teuer. Zwar ist es richtig, daß "die Arbeiterklasse ... nicht vorwärtsschreiten (kann) in ihrem Kampf und ... der Sieg nicht errungen werden (kann), wenn sie nicht das gesamte

Volk, alle unterdrückten und ausgebeuteten Klassen und Schichten um sich sammelt." Und auch stimmt, daß sich die besondere politische Unterdrückung und Rechtlosigkeit der slowenischen Volksgruppe "nicht in einem selbständigen Kampf beseitigen läßt, sondern nur, indem man diesen Kampf gegen die besondere Rechtlosigkeit dem allgemeinen Kampf um die Demokratie, um die volle und ungeteilte Volksherrschaft unterordnet", wie es in der kommunistischen Hochschulzeitung 6/74 der MLS heißt. Aber wer ist konkret das Subjekt dieser Anleitungen? Bündnis- und Strategiefragen lassen sich nicht nur abstrakt entscheiden, das objektiv richtige Bündnis mit einem Bündnispartner, der nicht existiert, ist politisch irrelevant. In einer Situation, in der die Arbeiterklasse Kärntens weder vorwärtsschreitet noch kämpft, sondern mit Hilfe antislowenisch abgestützter chauvinistischer Propaganda von der Erkenntnis ihrer Klasseninteressen abgehalten wird (unterstützt durch die sozialpartnerschaftliche Politik und Propaganda der SP und ihrer Gewerkschaft), helfen Strategien, die eine Aktivierung bzw. unmittelbare Aktivierbarkeit der Massen voraussetzen, nicht aus der Misere.

So bleibt für die politische Tagesarbeit die Notwendigkeit, breite antichauvinistische Bündnisse zu schließen, die kaum in die Arbeiterklasse reichen. Im Gegensatz zu der von vielen Intellektuellen beabsichtigten oder de facto praktizierten Beschränkung auf solche aufklärerische Aktivitäten kommt es jedoch darauf an, in den Gewerkschaften zu arbeiten, wo allerdings die Probleme der Kärntner Slowenen nicht geeignet sind, sondern in konkreten Einzelfällen eingebracht werden müßten, um auf einer höheren Stufe der politischen Entwicklung als besonderer Aspekt begreiflich zu werden. Für die nächste Zeit scheint mir die Arbeit in "aufklärerischen" Bündnissen unter Einschluß liberaler Intellektueller und der slowenischen Organisationen als ein wichtiges Instrument, den deutsch-nationalen Chauvinismus als Instrument der Spaltung der Arbeiter und Bauern und ihrer Bindung an die Bourgeoisie ideologisch zu schlagen.

Repressionen gegen ausländische Studenten

Das Zusammenspiel zwischen den österreichischen Behörden und den persischen ist einmal mehr offensichtlich geworden: Im Zusammenhang mit dem erwarteten Schahbesuch wurden in einer Nacht- und Nebelaktion zwei persische Studenten wegen deren Beteiligung an der Salzburger Nixon-Demonstration aus ihren Betten geholt und unter dem fadenscheinigen Vorwand, sie hätten damit die Interessen Österreichs geschädigt, nach Jugoslawien abgeschoben. Tatsächlich diente dieser Willkürakt nur der Einschüchterung der ausländischen Kollegen.

Nach einer massiven Protestwelle, deren Höhepunkt eine spontane Kundgebung vor dem österreichischen Innenministerium im Anschluß an eine Demonstration gegen die neue Pädagogik-Studienordnung bildete, sah sich das Innenministerium gezwungen, die Ausweisung wieder zurückzunehmen. Dem Vernehmen

nach soll eine Anzeige gegen den Salzburger Polizeichef wegen Amtsmissbrauch eingeleitet worden sein.

Viel wirkungsvoller hingegen war die darauffolgende Maßnahme gegen den persischen Informatik-Studenten Bajoghli: ihm wurde die Verlängerung seines Reisepasses von der persischen Botschaft ohne Angabe von Gründen verweigert. Ohne die Verlängerung des Reisepasses sehen sich die österreichischen Behörden außer Stande, die Aufenthaltsgenehmigung zu verlängern. Das Zusammenspiel der persischen und österreichischen Behörden scheint diesmal zu klappen. Die Existenz Bajoghlis ist damit im Augenblick recht gefährdet: eine erzwungene Rückkehr nach Persien ist mit schwerer politischer Repression verbunden.

Eine Delegation einer Reihe österreichischer Organisationen, darunter

des Zentralaussschusses der Österreichischen Hochschülerschaft und aller linker Organisationen, darunter auch der FÖJ - Bewegung für Sozialismus und der Vertretung der persischen Studenten FIS (Föderation Iranischer Studenten) wurden zunächst in der Botschaft drei Stunden aufgehalten, anschließend wurde sowohl der Empfang der Delegation als auch die Entgegennahme des Protestschreibens verweigert. Vielmehr versuchte die Botschaft, die Delegation durch das Herbeiholen eines Polizisten einzuschüchtern, der die Personalien der Teilnehmer aufnahm.

Nicht nur persischen Studenten sind diesen Repressalien ausgesetzt, auch einem Studenten aus Zaire wurde aus fadenscheinigen Gründen der weitere Aufenthalt in Österreich verboten. Der tatsächliche Grund der Ausweisung liegt in dessen Teilnahme am Streik im Vorstudienlehrgang. (vgl. offensiv links Nr. 2)

Frankreich nach den Wahlen

Die französische Arbeiterbewegung hat im Präsidentschaftswahlkampf zweifellos eine knappe Niederlage erlebt. Haben im ersten Wahlgang noch einige linke Organisationen ihre eigenen Kandidaten präsentiert, die zum Teil ganz beachtliche Erfolge erzielen konnte (so erzielte die "Nationaltrotzkistin" Arlette Laguiller 3, 6 %, während Allain Krivine, der Kandidat der französischen Sektion der IV. Internationale nur enttäuschende 0,4 % erhielt), so unterstützten im zweiten Wahlgang nahezu alle linken Organisationen mehr oder minder kritisch den Kandidaten der Linkseinheit, Francois Mitterand. Seine knappe Niederlage gegen den Kandidaten der Bourgeoisie, Giscard

d'Estaing steht allerdings vor dem Hintergrund einer neuen politischen Situation, die von zwei Elementen gekennzeichnet ist:

1. einer politisch starken Arbeiterbewegung und
2. einer inneren Krise der herrschenden Klasse, die vor allem im Nachfolgerstreit um das gaullistische Erbe sichtbar wurde.

DIE LINKE IM WAHLKAMPF — UND NACHHER

Von besonderem Interesse sind für uns in diesem Zusammenhang das Verhalten des P. S. U. (Parti Socialiste Unifié, einer Partei, die als zentrales Programm für den Sozialismus die

Selbstverwaltung in allen gesellschaftlichen Bereichen vertritt). Im P. S. U. herrschte von Anfang an kein Zweifel darüber, im zweiten Wahlkampf Mitterand als Kandidaten der Linken zu unterstützen. Über die Haltung der Partei im ersten Wahlgang aber bildeten sich zwei Flügel in der Partei: die Minderheit rund um die Pariser Organisation und einige andere kleinere Landesorganisationen, die für eine Kandidatur des LIP-Streikführers und P. S. U. - Mitgliedes Piaget als Einheitskandidaten der revolutionären Linken eintraten.

die Mehrheit, die um Michel Rocard und Robert Chapuis ge-

schart ist, deren Linie auch die Nationale politische Leitung bestimmt. Diese Genossen forderten die Unterstützung des Einheitskandidaten Mitterand von Anfang an.

Es wurde ein Kompromiß erzielt, der beinhaltet, daß einerseits die P.S.U. von Anfang an die Kampagne von Mitterand unterstützt und zu diesem Zweck auch Genossen Rocard von seinen Parteaufgaben entbindet (Rocard hat dies nach seinen Kräften getan und den ganzen Wahlkampf gemanagt), andererseits aber seine Wahlkampagne unabhängig von den Parteien des Programm commun (im wesentlichen der KP und SP). Der P.S.U. hat das Programm commun nie unterzeichnet und fordert eine Neuformulierung, in der die sozialistische Perspektive weit deutlicher konkretisiert wird. Diese Kampagne prägte übrigens, zumindest in Paris, das Bild der Mitterand-Kampagne, weil die SP selbst zwar quantitativ über ein ausreichendes Potential an Aktivisten verfügt, politisch aber ziemlich schwach ist. Im Gegensatz zu der von der KP geführten Kampagne, die sich auf die Forderung nach dem Wahlsieg Mitterands zur buchstabengetreuen Durchführung des Programm commun beschränkte, führte die linke P.S.U. eine Kampagne, die auf den 20. Mai 1974 symbolisch abzielte (der Tag nach dem 2. Wahlgang): Die P.S.U. gründete die sogenannten "Comités du 20 Mai pour l'autogestion socialiste", deren hauptsächliche Aufgabe darin bestand, nach einem (durchaus möglichen) Wahlsieg Mitterands die chilenischen Erfahrungen in die Politik einzuarbeiten, damit, wie Yvan Craipeau, der frühere Leiter der französischen Trotzisten und heutige Aktivist des linken P.S.U.-Flügels schreibt, "der Sieg den Arbeitern nicht gestohlen wird." Im wesentlichen wurden sofort nach dem Wahlsieg Mitterands zwei Maßnahmen gefordert: Arbeiterkontrolle gegen die Kapitalflucht (und zwar sowohl durch die Bankangestellten als auch durch die Arbeiter in den einzelnen Betrieben) und Massenmobilisierung für die mit dem Wahlsieg Mitterands nötig gewordenen Parla-

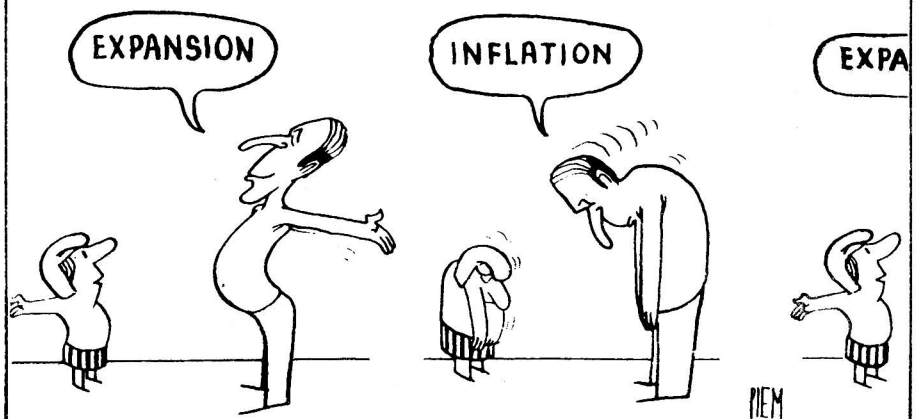
wahlen, die allerdings durch eine Änderung der Wahlordnung gerechter und damit ungünstiger für die bürgerlichen Parteien ablaufen sollten!

Überhaupt unterschied sich die Kampagne von der P.S.U. für Mitterand von Anfang an entscheidend von der offiziellen. Während Mitterand – um die Stimmen des Mittelstandes zu gewinnen – im Zuge seiner Kampagne immer mehr nach rechts ging und – vehement unterstützt von der KP – sozialen Frieden verkündete, wies die P.S.U. darauf hin, daß der "versprochene soziale Frieden die Regierung nur zum Gefangenen der Bourgeoisie machen würde" (Craipeau). Statt dessen forderte sie antihierarchische Forderungen (lineare Lohnerhöhungen), Kontrolle über die Arbeitsbedingungen und die Ausweitung der Rechte der Gewerkschaften sowie die Möglichkeit der freien Meinungsäußerung in den Betrieben selbst.

Auf jeden Fall ist es der P.S.U. während des Wahlkampfes gelungen, die Bewegung für einen Sozialismus der Arbeiterselbstverwaltung voranzutreiben. Ihre Position hat in ihrem Wahlprogramm: "Für einen Sieg der Linken! Welchen Sozialismus sollen wir für morgen erkämpfen?" einen klaren Ausdruck gefunden.

Die Niederlage der Linken, die die Kandidatur Piagets unterstützt hatten, hat einen Teil der Aktivisten zur Abspaltung von der P.S.U. bewegt: Sie gründeten die Gruppe "Aufrechterhaltene P.S.U." (P.S.U.-maintenue), weil sie in der Unterstützung Mitterands vom 1. Wahlgang an die Absicht der Nationalen Leitung zu sehen glaubten, die P.S.U. als linken Flügel in die SP zu integrieren.

Die Sache hat tatsächlich einen realen Hintergrund. Ein Teil der Leitung um Rocard ist für diese Integration, ein anderer Teil um Robert Chapuis ist für die Gründung einer neuen nicht-kommunistischen Linken Bewegung, die nicht SP-dominiert sein darf, aber in der Realität eben doch auf eine neue SP mit linkem Feigenblatt herauslaufen würde. Dem Vernehmen nach soll Mitterand selbst einem solchen Plan recht positiv gegenüberstehen. Motor des Ganzen ist die Gewerkschaft CFDT, die sich zurecht als politische Gewerkschaft verstanden hat, diese Rolle jetzt aber abbauen möchte. Während die Linke in der CFDT im P.S.U. arbeitet, liebäugelt die Führung mit der SP Mitterands. E. Maire, der Vorsitzende der CFDT erklärte in einem Interview mit dem linkssozialistischen "Nouvel Observateur" mit erstaunlicher Deutlichkeit: "Die Kampagne (für die Präsidentschaftswahlen, Anm. der Red.) hat eine Beschleunigung des Bewußtwerdungsprozesses in diesem Sinn (nämlich der Vereinheitlichung von PS und P.S.U.) mit sich gebracht... Von daher kommt die ganz neue Perspektive einer sozialistischen Massenpartei, deren Notwendigkeit zuerst F. Mitterand und anschließend die P.S.U. betont haben." Seine Position kommt noch deutlicher zum Ausdruck, wenn er die Rolle der anderen linken Kandidaten im ersten Wahlgang und die Bedeutung des zweiten Wahlganges beschreibt: "Das Verschwinden der Selbstmörder-Kandidaten aus den Reihen der radikalen Linken hat eine wirkungsvollere Mobilisierung ermöglicht, die nicht dauernd von den unheiligen trotzkistischen Aktivitäten sabotiert wurde." Die Opposition gegen diese Gewerkschaftsspitze wächst aber innerhalb der CFDT immer stärker an.



Da die Kandidatur Piagets verhindert worden ist, der allein die nötige Autorität gehabt hätte, als linker Einheitskandidat außerhalb von SP und KP aufzutreten, gab es zwei trotzkistische Kandidaten: die Kandidatin der Lutte Ouvrière (LO) einer trotzkistischen Organisation, die in kritischer Distanz zu allen vier "IV. Internationalen" seit 1936 eine eigenständige Politik durchgesetzt hat, Arlette Laguillier, die sicher auch einen Teil der P.S.U.-Aktivisten hinter sich hatte und mit einem Achtungserfolg von 3,6% abschneiden konnte, und den Kandidaten der Front Communiste Révolutionnaire (FCR), der Nachfolgerin der verbotenen Ligue Communiste, der französischen Sektion der IV. Internationale, der Dauerbrenner Allain Krivine, der mit 0,36% (gegenüber 1% bei den letzten Wahlen) eine sehr deutliche Abfuhr erhielt - was innerhalb dieser Organisation einen Reflexionsprozeß über ihre bisher äußerst sektiererische Politik gegenüber allen anderen linken Organisationen eingeleitet haben soll.

Maoisten sind in Frankreich nahezu nicht präsent, im Wahlkampf spürte man eigentlich nichts von ihnen. Die Anarchisten riefen unter der Parole: "Die Wahlen - eine Falle für Idioten!" zur Wahlenthaltung auf. Für sie war der Sozialist Mitterand der gleiche Agent der Bourgeoisie wie Giscard...

PERSPEKTIVEN : DIE FRANZÖSISCHE ARBEITERBEWEGUNG VOR NEUEN AUFGABEN

Die Wahl Giscard zum Präsidenten stellte einerseits eine Niederlage für die Arbeiterbewegung dar. Die Niederlage Mitterands hat bei vielen Arbeitern Enttäuschung hervorgerufen. Die Gewerkschaften haben darauf unrichtig reagiert: So begrüßte etwa E. Maire das Angebot des neuen Arbeitsministers, M. Durafour, einen Dialog mit den Gewerkschaften zwecks Bildung einer "Konzertierten Aktion" ins Leben zu rufen. Die Gewerkschaften, sowohl die kommunistische CGT als auch die CFDT haben quasi einem Waffenstillstand bis Herbst zugestimmt. Sie haben bei jüngst aufflackernden Lohnkämpfen beschwichtigend, abwiegelnd eingegriffen und lassen keine

Forderungen zu (hier vor allem die CGT), die über das Programm commun hinausgehen.

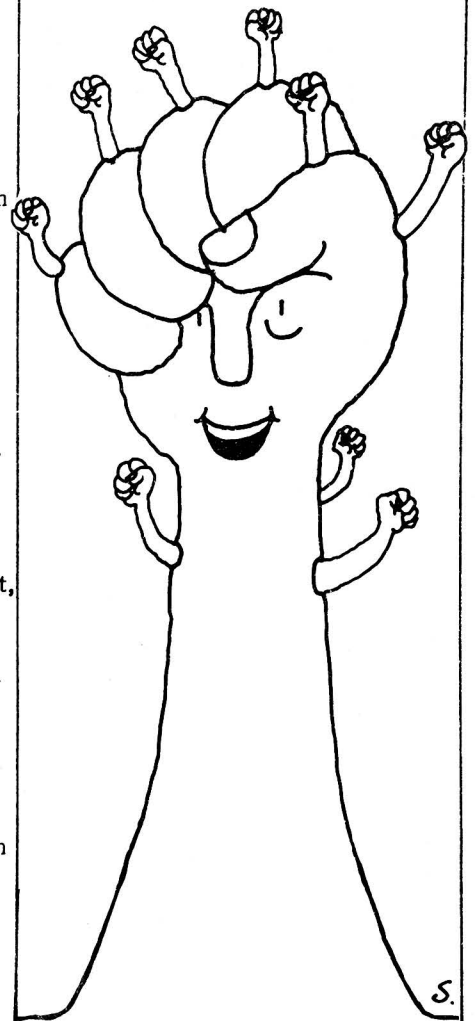
Diese Politik ist Ausdruck einer gewissen Ratlosigkeit der Linken gegenüber der moderneren technokratischen Spielart des Kapitalismus, die den veralteten Gaullismus, den Chaban Delmas verkörperte, abgelöst hat. So etwa verkündete die "Rouge", Wochenzeitschrift der FCR, daß mit Giscard die politische Repression ansteigen und diese Spielart sich selbst entlarven würde. Das Gegenteil war der Fall: Giscard verstand es sehr geschickt, durch volkstümliche Maßnahmen das ihm anfänglich entgegengebrachte Mißtrauen zu verringern. Er verringerte drastisch die Anzahl der Minister und stellte eine Anzahl von sozialpolitischer Maßnahmen in Aussicht, die sich zum Teil an das Programm commun anlehnen. B. Laumont, Mitglied der nationalen Leitung des P.S.U., hat sicher nicht unrecht, wenn er es als eine der Hauptaufgaben der Linken nach dem Wahlkampf bezeichnet, die Demobilisierung der Bewegung durch eine der neuen Situation angepaßten Politik zu verhindern.

Von möglicherweise entscheidender Bedeutung für die politische Situation in Frankreich wird die Entwicklung der revolutionären Linken im nächsten Jahr sein: Ein Teil der P.S.U. wird ohne Zweifel in die SP gehen und die dort vorhandene linke Tendenz C.R.E.S. verstärken - trotz aller gegenlautenden Beteuerungen. Zahlreiche französische Genossen halten Rocard für den nächsten Präsidenten Frankreichs. Wie stark der übrigbleibende Teil des P.S.U. sein wird, ist im Augenblick noch nicht abzusehen. Im allgemeinen sind die Linken recht zuversichtlich, sofern es ihnen gelingt, noch in diesem Herbst einen außerordentlichen Parteikongreß einzuberufen. Sonst wird ihre Situation zweifellos heikler: zumal sie durch den Austritt der Genossen vom P.S.U. - maintenu sicher geschächt sind.

Es gibt auch eine Reihe von Kontakten zwischen AMR (Pablisten), P.S.U. und LO, die neuerdings noch durch verbesserte Beziehungen zu den Gruppen rund um die Tageszeitung (!) "Libération", einer 1969 von der

Ligue ausgeschlossenen Gruppe und um das Wochenblatt Politique hebdo, die Hoffnung auf eine starke linke Bewegung außerhalb der traditionellen Arbeiterparteien unter Einschluß der Linken in der CFDT wach werden lassen. Wie sich die Genossen vom FCR dazu verhalten würden, hängt weitgehend von den Diskussionen ab, die nach dem Abschneiden Krivines innerhalb dieser Organisation eröffnet wurde.

Die Aufgaben, die heute vor der Linken in Frankreich stehen, hat Gilbert Souchal im "Politique hebdo" unter dem Titel: "Welche Opposition?" prägnant zusammengefaßt: "Die revolutionäre Linke hat heute mehr als je zuvor eine unersetzbare Rolle zu spielen (...): Eine radikale Opposition, ohne Vergötterung irgendwelcher Führer, die sich an der Basis, in den täglichen Kämpfen herausbilden muß, Kämpfen, die sich auf allen Feldern innerhalb und außerhalb der Fabriken überall dort entfalten werden, wo die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung spürbar wird." -r.p.-



Internationale Nachrichten

Irland

"Die Tradition aller toten Geschlechter lastet wie ein Alp auf dem Gehirn der Lebenden..."

(Karl Marx)

Dem "Kronen-Zeitung"-Leser wird der seit Jahren andauernde versteckte Bürgerkrieg in der englischen Provinz Ulster (Nordirland) wie ein verspäteter Nachfahre der europäischen Religionskriege zwischen Protestanten und Katholiken erscheinen. Tatsächlich stützen sich die verschiedenen kämpfenden Parteien entweder auf die protestantische Mehrheit oder die katholische Minderheit, ob in Belfast oder in Londonderry. Während die mehrheitlich protestantisch eingestellte Bevölkerung Ulsters bis vor kurzem noch an der Zugehörigkeit zum englischen Königreich festhielt, fordert die katholische Minderheit die Wiederherstellung eines einheitlichen Irland: die territorial den größten Teil der Insel umfassende Republik Irland hat auch den größeren Anteil an der Gesamtbevölkerung und ist katholisch gesinnt. Im Zeichen von Religionskämpfen scheint die gesamte Geschichte Eires zu stehen, jedenfalls seit dem Sieg Wilhelm III. von Oranien 1690/91 über den von den Iren unterstützten Stuartkönig Jakob I. Der erste war Protestant, der zweite Katholik... In Wahrheit war Irland schon sehr früh eine leichte Beute des englischen Feudalismus, der sein Wesen stets beibehielt - unter dem englischen König Heinrich II., seines Zeichens Katholik, ebenso wie unter dem großen Reformator Cromwell. (Heinrich II. unterwarf Irland 1171 und verschenkte große Teile an englische Barone. Cromwell zwang das englische Feudaljoch Irland wieder in einem blutigen Krieg 1649/52 auf.) Das irische Volk hörte nie auf, um seine nationale Eigenständigkeit und Unabhängigkeit zu kämpfen. Die Ideen der Französischen Revolution wurden hier begeistert gefeiert und in Taten umgesetzt. Auch die revolutionäre Welle in Europa 1848 greift auf Irland über. Die Aufstände werden zwar immer wieder niedergeworfen, aber 1869 wird die anglikanische

(protestantische) Kirche entstaatlicht und 1870 werden die Rechte der Grundherren eingeschränkt. Ziel ist die vollständige Enteignung des englischen Großgrundbesitzes, 1882 wird er unter irische Pächter aufgeteilt. 1921 wird die von der "Sinn fein" ("wir selbst") 1916 ausgerufene Republik von England als selbständiges Dominion anerkannt (ausgenommen die sechs Grafschaften in der heutigen Provinz Ulster, die überwiegend protestantisch sind), 1949 erlangt sie die volle staatliche Souveränität.

Das sind die historischen Kulissen, die Farben der Kämpfer, hinter denen sich immer ihre eigentliche, ihre materiellen Interessen verbergen. Auch heute. Die katholische Minderheit ist in Ulster einer extremen Diskriminierung jeder Art ausgesetzt. Gutbezahlte Arbeitsplätze stehen nur Protestanten zu, auf ein Krankenhausbett hat in erster, zweiter und dritter Linie ein Protestant Anspruch, die Benachteiligung des katholischen Bevölkerungsteils ist so dichtmaschig und systematisch wie jene der schwarzen Bevölkerung in den USA. Wer sich noch an die tapfere katholische Abgeordnete Bernadette Devlin erinnert, kann sich die Anfänge des "katholischen" Widerstands in Ulster gut vergegenwärtigen. Seither sprechen die Bombenanschläge, die Fememorde, der Alltagsterror auf beiden Seiten die schmerzliche, aber klare Sprache der Gewalt. Diese Gewalt ist so "sinnlos", wie die Tatsache, in Ulster als Katholik geboren zu sein. Sie hat zu einem Eingreifen der britischen Armee geführt, die an den Ursachen des Konflikts zwar auch nichts ändern konnte, dafür aber recht eindringlich die Rolle Englands in diesem Konflikt zu veranschaulichen half. Der englische Kapitalismus kann diesen Konflikt in Irland nicht brauchen. Er hat bei sich genug Sorgen. Davon den in Nord- und Südirland gleichermaßen herrschenden irischen Kapitalismus zu überzeugen, schien im Abkommen von Sunnindale dem Vertreter der inzwischen abgelösten konservativen Regierung in

London, Whitelaw, gelungen zu sein. Das Abkommen sieht die vermittelnde Zusammenarbeit zwischen London, Dublin und Ulster vor. Die "Protestanten" witterten Verrat an ihren Privilegien, die "Katholiken" den Verzicht Dublins auf die Unterstützung ihrer Sache. Seit dem gelungenen Generalstreik des "Ulsters Workers Council" (Arbeiterrat Ulsters), einer protestantischen Bewegung, ist es damit aus. Nun stehen wieder die eigentlichen Kontrahenten einander gegenüber: die protestantischen und die katholischen Arbeiter kontra irisches Kapital. Eine Erklärung der Ulster Volunteer Force, einer illegalen protestantischen Organisation Mitte Februar dieses Jahres weist die Richtung, die endgültig aus diesem blutigen historischen "Mißverständnis" herausführen könnte. Da heißt es: "Die Bewohner von Ulster begreifen jetzt, daß das Leben in Ulster nur lebenswert sein kann, durch die Schaffung einer neuen Gesellschaft, die auf der Souveränität der arbeitenden Bevölkerung - Katholiken wie Protestanten - basiert. Der Weg dazu wird Gegenstand von Diskussionen und Auseinandersetzungen unter der Bevölkerung von Ulster sein - abgesehen von der oberen Mittelklasse, die die religiösen Ängste beider Bevölkerungsteile über 50 Jahre hinweg der politischen Macht und der materiellen Bereicherung halber ausbeutet." Sowohl die marxistische wie die kleinbürgerliche Fraktion der IRA* (official und provisional) begrüßten diese Erklärung. Die IRA (official) sagte in ihrer Erklärung u. a.: "... wir anerkennen und würdigen die offenbare Klassenorientierung in der Erklärung der UVF" und fügte hinzu "wir versichern nochmal unsere fortgesetzte Gegnerschaft gegenüber allen Formen des Sektierertums und begrüßen diese Gelegenheit, in Diskussionen mit anderen Organisationen der Arbeiterklasse einzutreten". Daraus sprechen Worte von Gehirnströmen der Lebenden, die den Alp der Tradition aller toten Geschlechter endgültig auflösen mögen.

* IRA = bewaffnete illegale Kampforganisation des katholischen Teils Ulsters

BRD

Der Antritt Helmut Schmidts als neuer Bundeskanzler in Bonn markiert das Ende aller Illusionen, welche die westdeutsche Sozialdemokratie gehegt hat, innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung systemverändernde Reformen durchführen zu können. "Die Politik des Machbaren" des großen Machers Schmidt meint die Politik, welche den Anforderungen der Kapitalverwertung Rechnung trägt. Dieser "sozialdemokratische Realismus" den kapitalistischen Verhältnissen gegenüber streift nun selbst den Schein des Reformismus ab und wird von Maßnahmen begleitet sein, welche die Interessen der Arbeiter und Angestellten im Produktionsprozeß, der Lehrlinge und Studenten im Ausbildungssektor strikt den Interessen der Profitmaximierung unterwirft. Keine Rede mehr von "Vermögensbildung" in Arbeitnehmerhand, eine kleine "Steuerreform" soll Lohnforderungen die Spitze abbrechen, ein Stillhalteabkommen mit der Gewerkschaftsführung den heiligen deutschen Export trotz seiner inflationistischen Überschüsse ungefährdet erhalten. Statt "Chancengleichheit" im Bildungswesen soll eine Studienförderung auf Darlehensbasis Kindern aus Arbeiter- und Angestelltenfamilien das Studium zusätzlich erschweren. (An manchen Universitäten wird neben dem "Numerus clausus" unter

den besten Lehrgängern bereits ums Weiterkommen gelöst...) Die bürgerliche Presse ist wieder optimistisch, die Börse reagiert freundlich, der Wechselkurs der DM steigt.

"Der schärfere Wind in Bonn" (Frankfurter Allgemeine Zeitung), den Schmidt nun sät, könnte ihm und seiner sozial-liberalen Koalition als Ernte Sturm einbringen. Die Zahl der Streiks nimmt zu, die Repression der staatlichen Organe auch. Neben dem "Radikalerlaß" und Berufsverbot, gibt es schwarze Personalakten und die Methode, Vorstrafen, auch wenn sie bereits getilgt sind, wieder hervorzuholen bei der Bewertung von Postenanwärttern. Die Gewerkschaften schließen "Radikale" aus - die Unternehmer machens ihnen nach und berufen sich bei den Arbeitsgerichten ungeniert auf die ihnen von Staat und Gewerkschaft vorexerzierte Praxis. Was denen recht, wird ihnen wohl billig sein... Noch sind die Frankfurter Häuserkämpfe und die brutale Vorgangsweise der Polizei allen in Erinnerung, schon eskaliert die Exekutive die Auseinandersetzungen anlässlich der Tarifierhöhungen mit neuen gefährlicheren und massiv eingesetzten Anti-Demonstrations-Waffen, denen hauptsächlich unbeteiligte Passanten zum Opfer fallen. Neu eingeführte Zivilstreifen, mit engen Jeans, Lederjacken und schnellen Flitzern ausgestattet, machen Jagd auf Verdächtige, und der Colt sitzt locker. So erschossen sie einen völlig unschuldigen Taxifahrer in München, der, aus dem Schlaf geweckt, ihnen entgegentorkelte, unbewaffnet und ohne jedes Anzeichen von Widerstand. In Frankfurt eröffneten sie das Feuer auf einen Autofahrer, der ihnen aufgefallen ist, weil er bei Rot über eine Kreuzung fuhr und vor den Pistolmündungen und wie Ganoven wirkenden jungen Beamten mit langer Haartracht die Flucht ergriff. Nächtlche Razzien ohne Hausdurchsuchungsbefehl sind auf der Tagesordnung. Unliebsame Ausländer werden abgeschoben. Es wird bereits geübt, den mobilen Grenzschutz zur Demonstrationbekämpfung einzusetzen.

Die Jusoführung hat sich beeilt, Helmut Schmidt ihre Solidarität zuzu-

sichern. Sie weiß, was es geschlagen hat und zeigt unverhüllt ihren opportunistischen Charakter. Andere schwimmen nach links ab finden aber - und das ist die eigentliche Tragik der bundesdeutschen Realität heute - eine in sich total gespaltene, handlungsunfähige und zur Wirkungslosigkeit verurteilte Linke. Sektierische Parteibildungen schießen üppig ins Kraut. Unter den sich kommunistisch nennenden Bündeln und Parteien sich auszukennen gelingt nur Spezialisten, ab besten vermutlich dem Bundesnachrichtendienst (BND). Erst im Zuge entfalteter Massenkämpfe an der Basis, gegen Kapital, Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbürokratie, könnte sich aus der Dialektik der Bewegung die dialektische Bewegung für die sozialistische Perspektive mitsamt ihrer organisatorischen Form herauskristallisieren.

Italien

Die Explosion einer von Faschistenhand gelegten Bombe bei einer antifaschistischen Kundgebung in Brescia, bei der ein Massaker unter den Kundgebungsteilnehmern angerichtet wurde, wirft ein grelles Schlaglicht auf die bis zum Äußersten angespannte wirtschaftliche und politische Situation Italiens. Bei galoppierender Inflation, sinkenden Exportquoten und einer Regierung, die zwischen Rücktrittsabsichten und Ausschreibung von Neuwahlen, dann wieder Regierungserweiterung und improvisierten Maßnahmen zum Schutz der eigenen Wirtschaft hin und herschwankt, scheinen alle Beteiligten auf alles gefaßt zu sein, einschließlich eines Militärputsches. Die KPI fordert Regierungsbeteiligung und damit eine Politik der einschneidenden Reformen. Vor allem fordert sie ein entschlossenes Vorgehen gegen die italienischen Faschisten und ihre staatlich subventionierte legale Partei, die MSI. Neuwahlen würden kaum entscheidende Kräfteverschiebungen mit sich bringen. Noch ist die Krise nicht auf dem Höhepunkt angelangt, und schon scheint alle politische "Logik" im Rahmen des Systems aus zu sein. Nichts deutet auf einen "positiven" Ausweg hin, alles tritt auf der Stelle. ▶

**Deine
Lebensversicherung
durch**

ERICH MAKOMASKI

Erste Allgemeine
Unfall- und Schadens-Versicherungs-Gesellschaft

Büro: 1940 Wien, Südtirolerplatz 6
Telefon: 65 87 97/98/99

Privatadresse: 1100 Wien, Alaudagasse 7/29/14
Telefon: 62 34 392

Internationale Nachrichten

Wenn der Boden unter den Füßen einbricht, wird improvisiertes Handeln wenig mehr retten können. Es ist immerhin bemerkenswert, wie eine so große und historisch gewachsene kommunistische Partei wie die KPI am Ende ihres revolutionären Lateins ist. Sie ist dafür allein nicht verantwortlich zu machen. Es gibt zur Zeit außer Ansätzen einer Neugruppierung der linken Kräfte wie die Verschmelzung von II Manifesto und der PdUP und ohnmächtiger Wiederholung alter marxistischer Weisheiten, nirgends eine klare Konzeption für eine offensive revolutionäre Strategie, weder in Italien, noch anderswo. Und nirgends wäre sie so sehr von Nöten wie in den Metropolen des Imperialismus.

Portugal

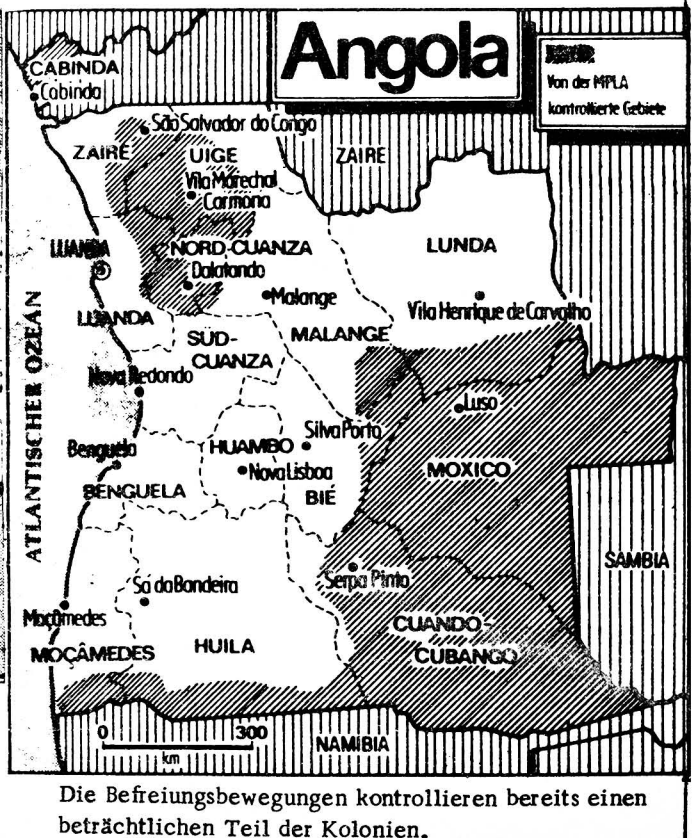
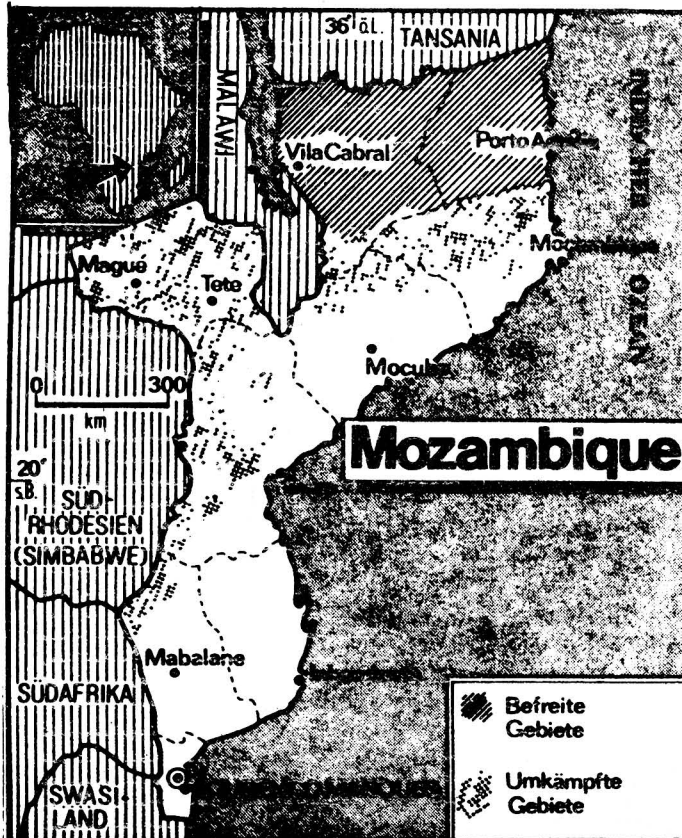
Wenn die neue portugiesische Entwicklung weg vom Faschismus und Kolonialismus, Richtung Demokratie und sozialen Fortschritt ihre Grundlage festigen soll, muß sie mit zwei Problemen fertig werden, die zugleich die entscheidenden Anstöße zu dieser Entwicklung waren: mit dem Problem der wirtschaftlichen und sozialen Rückständigkeit des Landes und

mit dem Problem der Kolonien. Die Beteiligung von zwei Führern der Kommunistischen Partei Portugals an der Übergangsregierung, die binnen eines Jahres freie Wahlen vorbereiten soll, ist eine Sache für sich, die noch gesondert behandelt werden muß. Nichts außer diesem Schein deutet auf eine sozialistische Perspektive hin, alle Voraussetzungen müssen erst dazu geschaffen werden.

Es ist nun einmal nicht zu leugnen, auch wenn der Generalsekretär der KPP, Cunhal, es anders darstellt, daß der Sturz der Caetano-Diktatur von den Streitkräften ausgegangen ist und daß die neuen Realitäten weitestgehend von diesen bestimmt werden. Spinoła wurde von der "Bewegung der Hauptleute", junger fortschrittlicher Offiziere, unter denen sich manche zum Sozialismus und Marxismus bekennen, zwar mit der Absicht an die Spitze der Bewegung gestellt, um eine massive Reaktion innerhalb der Streitkräfte zu verhindern, zwischen den zwei Flügeln in der Armee zu vermitteln. Gerade aber die Voraussetzungen, die Spinoła für diese Funktion qualifizieren, erlauben ihm nun mit Hilfe dieser seiner Funktion eine Politik der Stabilisierung des portu-

giesischen Kapitalismus im Rahmen einer bürgerlichen Ordnung zu betreiben. Auch scheint der alle Welt verblüffende progressistische Putsch der portugiesischen Militärs in Einklang mit der NATO und nach Zustimmung jener reformistischen Kräfte in der EWG durchgeführt worden zu sein, die sich um die liberalen und sozialdemokratischen Regierungen Westeuropas, vor allem der BRD konzentrieren. Ihnen ging es um eine Modernisierung und Einbeziehung des denkbar rückständigen portugiesischen Kapitalismus in die EWG, um die Erschließung des portugiesischen Marktes für Waren und Investitionen.

Zur Absicherung und – so widersprüchlich dies auch klingt – zur Beschleunigung dieses Prozesses sind bestimmte demokratische Freiheiten notwendig. Die Reformen, die im Agrarsektor, in der Industrie und in der Ausbildungssphäre unerlässlich geworden sind, um eine höhere Stufe der Kapitalverwertung und Akkumulation zu gewährleisten, erheischen eine neue Dynamik unter den Bauern, den Arbeitern und den Intellektuellen. Es ist dies ein Experiment, das nach vierzig Jahren totaler Unterdrückung und Gängelung aller Sphären des ge-



Die Befreiungsbewegungen kontrollieren bereits einen beträchtlichen Teil der Kolonien.

Internationale Nachrichten

sellschaftlichen Lebens durch Öffnung eines Ventils am überhitzten Kessel zu einer Explosion führen kann. Die angestauten Emotionen, soziale und politische Forderungen der Massen sind hier das einzukalkulierende Risiko. Die Rückkehr zur Militärdiktatur wäre, auch für das EWG-Kapital der negative Schlußstrich unter diesem Experiment. Die länger andauernde Periode der Umwandlung der erstarrten und verknocherten Verhältnisse in "normale" kapitalistische Produktions- und Reproduktionsverhältnisse muß unter Hintanhaltung, Beschwichtigung und Abwiegung aller radikalen und "extremen" Forderungen und Bewegungen der Arbeiterklasse und der armen Bauern vor sich gehen. Die Gefahr, daß durch um sich greifende und sich ausweitende Streikbewegungen, durch konsequente Ausnutzung der demokratischen Rede- und Meinungsfreiheit die Mitarbeit des in- und ausländischen Kapitals und ihrer gesellschaftlichen Repräsentanten blockiert werden könnte, erfordert geeignete Maßnahmen, die die Illusionen auf der einen Seite aufrechterhalten und die Hoffnungen auf der anderen Seite nicht zerstören. Hier ist die Rolle der KPP zu erfassen, die es dabei sicherlich durchaus "ehrlich" meint.

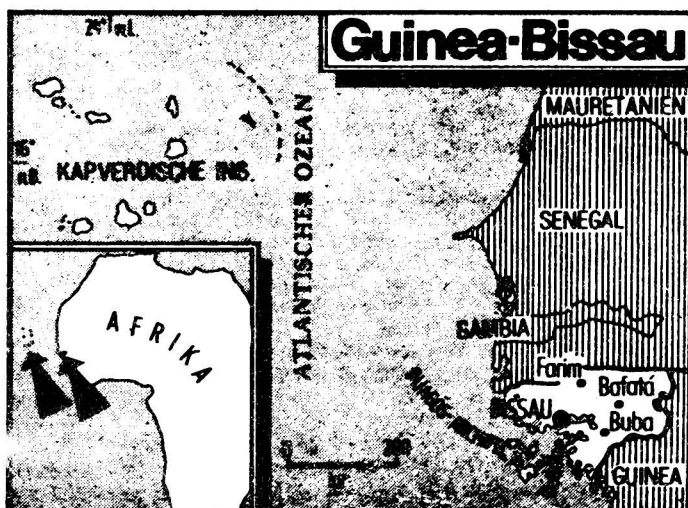
Cunhal erklärte die Mitwirkung seiner Partei in der Übergangsregierung mit dem Vertrauen, das er und seine Partei zur "Bewegung der Offiziere" hat. Dieses Vertrauen wiederum, das seit Chile nicht mehr so einfach aus gutem Glauben heraus motiviert werden kann, begründete er damit, daß die Streitkräfte in ihrem Handeln und



ihrem Programm bloß ein getreues Spiegelbild der Verfassung der portugiesischen Massen seien. Wer einmal in einem Spiegelkabinett gewesen ist, weiß, was er von dem Vergleich zu halten hat. Im Übrigen erfüllt die KPP ihre Rolle hervorragend und soll restlos das Vertrauen Spinolas genießen, der sich in jüngster Zeit von der Bewegung, die ihn emporgetragen hat eher zu distanzieren und seinerseits wiederum das Vertrauen der portugiesischen Bourgeoisie zu gewinnen sucht. Die Eindämmung der anfangs stark angewachsenen Streiks ist der KPP zu danken, die Durchsetzung der massiven Einschränkung der anfangs gewährten Freiheiten für Meinungsäußerung und Massenmedien hat Spinola persönlich unter Androhung seines Rücktritts im politischen Komitee der Bewegung der Offiziere durchgesetzt. Anlaß dazu boten Angriffe auf die Politik der Kirche unter Salazar und Caetano in einem Fernsehstück und die Aufforderung in Flugblättern zur Desertion, um sich

den drei schmutzigen Kriegen Portugals in den Kolonien zu entziehen. Überhaupt scheint für KPP wie den General der Hauptfeind die extreme Linke zu sein – schon einmal diente sie als Buhmann und Alibi für Nachgeben und für Kompromisse gegenüber der frecher werdenden Reaktion, nämlich in Chile. Die Politik, die von den angeblich maoistischen Gruppen propagiert wird ist sicher in vielen Punkten falsch, ja schädlich. Ihre Sprachregelung – ganz international – bezeichnet das neue Regime in Portugal als Erbe des Faschismus und sieht zu den Zeiten unter Caetano keinerlei Unterschiede. Das Wort Faschismus ist unter der Linken der meist gebrauchte und mißbrauchte Begriff. Aber so eklatant leichtfertig und selbstmörderisch wurde er sicherlich noch nie strapaziert wie in Portugal der Gegenwart seitens der maoistischen Gruppen. Gerade diese politischen Formationen, die unter Caetano eine erstaunliche Effizienz im aktiven Widerstand bewiesen haben, müßten es besser wissen. Ihre momentane Gefährlichkeit für die Konzeption der KPP und die Politik des neuen Regimes liegt vielmehr darin, daß sie mit der kompromißlosen Forderung nach Rückzug aus den Kolonien nicht nur die wundeste Stelle der neuen Machthaber und ihrer Absichten treffen, sondern damit auch weitesten Widerhall unter der Bevölkerung haben dürften.

Das schwerste Amt in der Übergangsregierung ist Soares, dem Führer der Sozialisten zugefallen als Außenmi-



Internationale Nachrichten

nister und Leiter der Verhandlungen mit den Befreiungsbewegungen in den afrikanischen Kolonien. FRELIMO in Mozambique, MPLA in Angola und PAIGC in Guinea-Bissau haben einhellig erklärt, daß sie über die Formen des Rückzugs der Portugiesen aus den Kolonien, nicht aber über deren Zukunft zu verhandeln gewillt sind. Die ersten Verhandlungen in London zwischen Vertretern der Republik Guinea-Bissau und Portugals sind abgebrochen und auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Die Verhandlungen sind an der Frage der Kapverdischen Inseln gescheitert, wo die Befreiungsbewegung noch nicht eine so überwältigende Dominanz besitzt wie in Guinea-Bissau. Aber diese erste



revolutionäres AFRIKA

Zeitschrift mit Berichten und Dokumenten über den Befreiungskampf der Völker in Azania (Südafrika), Namibia (Südwestafrika), Zimbabwe (Rhodesien) und den portugiesischen Kolonien.

Herausgegeben vom Komitee Südliches Afrika (KSA) - Wien.

Preis: öS 5,- (DM 1,-, sfr 1,-) + Porto
Abo (4 Hefte incl. Porto): 25,- (DM 5,-)

...soeben erschienen: Nr.2|1974 (2. Jahrgang)

Inhalt:

Frieden ohne Freiheit ist bedeutungslos / Neue Siege im Volkskrieg um Guinea-Bissau / Verfassung der Republik Guinea-Bissau / Im Volkskrieg befreit sich die afrikanische Frau / Erneut Massaker der Kolonialisten in Mozambique/Angola: Des Komplott gegen die M P L A kann den Vormarsch nicht aufhalten / Der Volkswiderstand in Azania wird durch den Rassistenterror nicht gebrochen / Zimbabwe: Der bewaffnete Befreiungskampf breitet sich aus/Solidaritätsbewegung in Österreich/

Bestellungen

durch Überweisung (mit Angabe des Zahlungszwecks) auf das Konto Nummer 601-228-604 der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien.

Verhandlungsrunde zeigt bereits die tiefen Widersprüche zwischen den linken Vertretern in der Übergangsregierung und den Militärs einerseits und den Wünschen und Forderungen der portugiesischen Massen und den Absichten und Vorstellungen des internationalen Kapitals andererseits. Guinea-Bissau ist die an Reichtümern ärmste portugiesische Kolonie. Aber für Mozambique und Angola ist das Interesse der Monopole umso größer. (Die ausländischen Investitionen in Mozambique z. B. wuchsen allein im Jahr 1971/72 von 350 Millionen Escudos auf 1,280 Millionen an.) Außerdem: so wie die portugiesische Entwicklung in Spanien nachhaltigstes Echo und eine unmittelbare politische Bedrohung für die Franco-Diktatur hervorgerufen hat, ist die bevorstehende Unabhängigkeit der portugiesischen Kolonien für die Apartheid-Länder im südlichen Afrika, für Rhodesien und Südafrika zu einer tödlichen Gefahr geworden.

Hat der Kampf der Befreiungsbewegungen in den Kolonien zum Umsturz in Portugal geführt, könnte ihre endgültige Befreiung vom kolonialistischen Joch auch die sozialistische Perspektive in Portugal an die Tagesordnung setzen.

Lateinamerika

Der weltberühmte kolumbianische Schriftsteller Garcia Marques, sagte u. a. anlässlich seines Aufenthaltes in Rom als Mitglied des Russel-Tribunals II, das über die Repression in Chile, Bolivien, Brasilien und Uruguay verhandelte: "Vom Faschismus in Lateinamerika zu sprechen ist eine viel zu bequeme Vereinfachung. Es ist wahr, daß es heute eine ganze Reihe von repressiven Regimes gibt, die analoge Methoden verwenden wie der europäische Faschismus der dreißiger Jahre; aber ihr wirklicher Charakter verdient eine ernstere und gründlichere Analyse... Sicherlich kann man heute von einer Schwächung der Linken sprechen, aber andererseits ist es auch wahr, daß es niemals zuvor ein so tiefes politisches

Bewußtsein gegeben hat wie heute. Die jüngste reaktionäre Welle kam nicht zufällig. Diese Offensive wurde vom Imperialismus ausgelöst als Antwort auf den Vormarsch der Volkskräfte in Chile, auf die Konsolidierung der kubanischen Revolution, auf die nationale Orientierung der Militärregimes von Peru, Ecuador und Panama, sowie auf gewisse 'liberale' Positionen, wie zum Beispiel der venezolanischen und mexikanischen Regierung."

Lateinamerika ist der Vorhof der USA. Daß der US-Imperialismus nichts unversucht lassen werde, um hier für "Ruhe und Ordnung" sorgen zu lassen, ist einleuchtend. Die Herren in der CIA-Zentrale und im Pentagon, im Weißen Haus wie in der Wall Street sind aufgewacht, als die kubanische Revolution, deren Charakter von allen Beobachtern falsch eingeschätzt wurde, gesiegt und aus ihren anti-imperialistischen Ansichten keinen Hehl gemacht hat. Che Gueverras Guerilla-Theorie schien mit seinem eigenen Märtyrertod praktisch widerlegt worden zu sein: aber Männer wie Camillo Torres folgten, die Tupamaros hatten große Erfolge mit ihrer Konzeption der Stadt-Guerilla, und in Argentinien operieren nach wie vor drei bewaffnete Untergrundarmeen. Marighelas eigenen heroischen Aktivitäten sind freilich nichts gegenüber der ungeheuren Bedeutung ihrer kontinentalen Perspektive. Es mußte seitens der Imperialisten mit allen Konsequenzen gehandelt werden, bevor sie eine reale Massengestalt erlangen konnte. Brasilien ist das mächtigste Land Lateinamerikas. Es ist zum Modellfall reaktionärer und repressiver Militärdiktaturen in Lateinamerika geworden. Seit 1964 herrschen in diesem Land die Militärs, seit 1969 sind die letzten bürgerlichen Freiheiten aufgehoben, die Folter wurde systematisiert und perfektioniert. Der brasilianische Subimperialismus übt einen massiven Einfluß auf die übrigen, vor allem auf angrenzende lateinamerikanische Länder aus, von denen (während diese Zeilen geschrieben werden noch) mit Ausnahme Argentiniens alle den brasilianischen Weg beschritten haben. Jüngstes und spektakulärstes

Opfer der brasilianischen Krankheit war Chile.

+ + +

Die neuesten Nachrichten aus Chile stellen alles bisher Erlebte in Lateinamerika an wirtschaftlichem Bankrott und politischer Repression in den Schatten. Die Wirtschaftspolitik der Junta, soweit sie überhaupt als Politik bezeichnet werden kann, nimmt sich wie eine kollektive Anwendung der unaussprechlichen Grausamkeiten gegenüber politischen Gefangenen auf die gesamte Arbeiterklasse Chiles aus. Eine halbe Million Arbeitslose, eine rasende Inflation vor allem bei den Grundnahrungsmitteln und Niedrigstgehälter wirken sich wie Maßnahmen zur physischen Liquidierung der Grundlagen des kapitalistischen Systems, der Ware Arbeitskraft aus. Sie treffen aber zunehmend auch die Mittelschichten, welche die "natürliche" gesellschaftliche Basis der Rechtsdiktatur ist. In Santiago haben allein in den letzten Monaten an die 600 Kaufleute ihren Konkurs angemeldet. Die Junta setzt auf die Monopole und das ausländische Kapital. Verstaatlichte Betriebe werden in zügigem Tempo (allein in einer Woche des Monats April 16) an die Privatbesitzer zurückgegeben. Dasselbe Bild bei unter Allende enteigneten Großgrundbesitzen. "General Motors nimmt die Arbeit in Chile wieder auf" lautet ein Aufmachertitel in Santiago am 12. April. Vertrauen in die von der Junta geschaffenen Verhältnisse zeigt auch der teuerste und exklusivste Informationsdienst der Welt, "Daniel Hunebelle's International Letter". (Danielle Hunebelle ist eine Busenfreundin Henry Kissingers. Das Jahresabonnement für zwölf Ausgaben dieser vertraulichen Berichte für Kapitalanleger kosten 3.000 Dollar. Jede Ausgabe ist einem anderen Land gewidmet und gibt Tips, wie und wo sich Investitionen lohnen. Der nebenstehenden Auszug gibt Einblick in die "Intimsphäre" kapitalistischer Betriebsamkeit.)

Noch immer gibt es nach "Amnesty International" an die 10.000 politische Gefangene. Die Junta hat großzügig zugesichert, daß alle vor "ordentliche" Gerichte gestellt würden. In Wahrheit ist eine Welle von Schau-

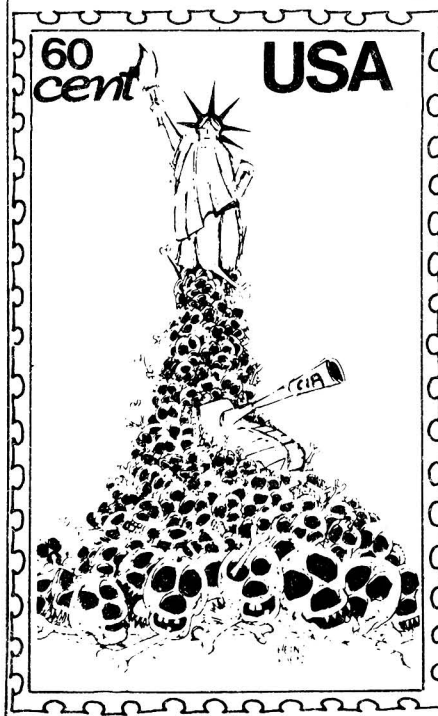
prozessen ins Rollen gekommen, die vor Militärtribunalen stattfinden, und bei denen es um eine rückwirkende Kriminalisierung der "Angeklagten" geht. Das erste Todesurteil ist bereits gefällt und vollstreckt worden. Nach internationalen Protesten hat die Junta versichert, daß es keine Todesurteile mehr geben würde. Dafür gibt es Urteile auf lebenslänglich, die dem langsamen Tod der davon betroffenen gleichkommt.

Der Widerstand durchläuft noch eine unvermeidliche Phase der Konsolidierung - organisatorisch und politisch. Es wurde der CUR (Komitee zur Koordinierung des Widerstandes) ins Leben gerufen, das militante Mitglieder aller politischen Parteien in Chile zu sammeln versucht, die am Untergrundkampf gegen die Junta teilzunehmen bereit sind. Ausländische Besucher berichten, daß täglich verwundete Soldaten in Spitäler eingeliefert werden. Da das nächtliche Ausgehverbot noch immer in Kraft ist, und Aktionen vorwiegend um diese Zeit erfolgen dürften, gibt es keine Augenzeugenberichte. Die Unidad Popular hat ihre erste selbstkritische Einschätzung zu ihrer Politik unter Allende im Land illegal verbreitet. Sie enthält nichts Neues. Ein Großteil der Schuld wird den linken Gruppen angelastet und der Tatsache, daß es der UP nicht gelang, die bürgerlichen Kräfte um Frey zu gewinnen, daß sie sich im Gegenteil von den Mittelschichten isoliert hat. Anders Altamirano, der Sekretär der Sozialistischen Partei Chiles, der in einem Interview sagte: "Wir hätten den Militärputsch und den Bürgerkrieg nur vermeiden können, wenn wir dafür gerüstet gewesen wären. Die politisch-institutionelle Perspektive - und ohne zu den Waffen zu greifen, womit die Volkseinheit den Übergang zum Sozialismus zu vollziehen beabsichtigte - hätte niemals die Möglichkeit, sich in bewaffnete Aktion zu verwandeln, abschließen dürfen."

+ + +

Der neue amerikanische Botschafter Ernest Siracus kam Ende Juni 1973 nach Uruguay mit dem Auftrag:

"Stärkung und Unterstützung der rechtesten und brasilienfreundlichsten Sektoren des uruguayischen Regimes." Kurz darauf verkündete Juan Maria Bordaberry, daß die demokratischen Freiheiten und Rechte bis auf weiteres abgeschafft seien. Ein Brief des illegalen Gewerkschaftsbundes an Papst Paul VI. schildert die Zustände seither: in Industrie und Handel macht sich der Bankrott breit, die Landwirtschaft zeigt eine rückläufige Tendenz, die Auslandsschulden wachsen ins Unermeßliche, die Exporte fallen ins bodenlose, die Geldentwertung hat ein nie dagewesenes Ausmaß erreicht, in sechs Jahren sind die Lebenshaltungskosten um 1.161,28 % gestiegen, während die Löhne gegenüber 1968 faktisch halbiert wurden, das Heer der Arbeitslosen nimmt ständig zu. Auf 750 Einwohner kommt ein politischer Gefangener. General Liber Seregni, Kandidat der "Frente Amplio" (Breite Front), die bei den letzten Präsidentschaftswahlen 30 % der Stimmen erhielt, wurde am 1. 7. 1973 nach einer großangelegten Suchaktion festgenommen und im Februar 1974 nach siebenmonatiger Haft wegen Verschwörung zu weiteren zwei Jahren Kerker verurteilt. Im Gefängnis schmachten neben dem legendären Führer der Tupamaros Raul Sendic, der wegen wiederholter Ausbrüche aus den Gefängnissen in einer ausgetrockneten Regenzisterne



Internationale Nachrichten

unter unbeschreiblichen Bedingungen festgehalten wird, weitere Tupamaro-angehörige und der erste Sekretär der Kommunistischen Partei Uruguays, Arismondi. Die Tupamaros sind zwar geschwächt, aber nicht zerschlagen: Fahndungsaktionen der Militärs sind auf der Tagesordnung. Am 1. Mai gab es kurze Protestaktionen an verschiedenen Plätzen Montevideos, die von der Polizei nicht verhindert werden konnten.

+ + +

Es wird berichtet, daß bei Verhören in den Kasernen Montevideos die Gefangenen dadurch unter Druck gesetzt werden, daß man ihnen Bilder von den Folterspezialisten der Strössner-Knechte in Paraguay zeigt. In diesem lateinamerikanischen Land ist jeder dritte arbeitslos, es gibt die niedrigsten Löhne und die unerträglichsten Arbeitsbedingungen. Das Alter der arbeitenden Bevölkerung liegt zwischen 12 und 22 Jahren, fast die Hälfte der Bevölkerung ist jünger als 19 Jahre und nur 5 % haben eine Lebenserwartung von 60 Jahren. Kinder werden um 3 Dollar pro Stück gehandelt...

Paraguay hat vier wirtschaftliche Schwerpunkte. An erster Stelle die Viehzucht mit 35 % des Gesamtexports. 2 Konzerne, Liebig aus England und Meat-Porking aus den USA

beherrschen den Markt. An zweiter Stelle steht die Holzwirtschaft mit 27 % des Gesamtexports. Hier herrscht das Kapital der Bank von London und private argentinische Beteiligung. 14 % macht der Erdölexport aus. Hier teilen sich US- und japanisches Kapital den Markt. 3 von 9 Banken verfügen über 60 % des Gesamtkapitals im Land. Es sind die City-Bank (USA), die Bank von London und die Südamerika-Bank. Zwei Aufstände gegen die Strössner-Diktatur wurden mit US-Hilfe niedergeschlagen. Bezahlte Schlägertrupps und Sondereinheiten der Polizei üben überall dort Terror aus, wo die Bevölkerung sich abseits der staatlich beherrschten Gewerkschaften ihre Interessen zu organisieren sucht.

+ + +

Die Organisierung des Widerstandes, Fragen der Bündnispolitik und der Aktionseinheit nehmen immer breiteren Raum unter den Diskussionen und Handlungen der Opposition in den von Militärjuntas und Rechtsdiktaturen beherrschten Ländern Lateinamerikas ein. So haben in Argentinien lebende bolivianische Exilpolitiker die Bildung einer gegen die Diktatur Hugo Banzers in Bolivien gerichteten Linksfront bekanntgegeben. Der Bewegung gehören Sozialisten und Kommunisten, Mitglieder des linken Flügels der revolutionären nationalistischen Bewegung (MNR) und anderer

linksgerichteter Parteien Boliviens an. Unterstützt wird die Linksfront von zwei ehemaligen Präsidenten und einem Vizepräsidenten Boliviens, darunter von General Juan Jose Torres der 1971 von Banzer gestürzt wurde. Als ein besonderer Erfolg kann die Haltung der KP Kolumbiens angesehen werden, die moskautreu ist und ein Bündnis mit anderen linken Gruppierungen, darunter mit einer maoistisch ausgerichteten geschlossen hat. Damit soll nicht gesagt sein, daß ein Zusammenschluß der linken Kräfte um jeden Preis das Allheilmittel gegenüber konzentrierter Reaktion und verstärkten imperialistischen Pressionen ist. In Venezuela scheiterte das Experiment der durch Spaltungen geschwächten "orthodoxen" KP des Landes, durch ein Zusammengehen mit nicht von ihr abgespaltenen unabhängigen linken Gruppierungen bei den Wahlen am 9.12.1973 auf die Politik im Land Einfluß zu gewinnen. In Venezuela sind die größten Erdölvorkommen des Kontinents, drei Fünftel aller Staatseinnahmen und 93 % der Devisen stammen aus dem Ölgeschäft. Die USA sind die bedeutendsten Abnehmer. Allerdings würden bei der derzeitigen Förderungsintensität in 12 Jahren die Vorkommen erschöpft sein. Im Zuge der von den arabischen Förderländern eingeschlagenen Erdölpolitik hat auch Venezuela seine bisherige Praxis einer gründlichen Überprüfung unterzogen. Es wurden nicht nur die Erdölpreise erhöht, sondern auch per Gesetz beschlossen, daß die 1983 auslaufenden Konzessionen ausländischer Konzerne nicht mehr erneuert und daß 75 % der Anlagen und Werte zu diesem Zeitpunkt entschädigungslos an den venezolanischen Staat übergehen sollen. Der Übergabeprozess soll bereits begonnen haben. Es ist zweifellos eine harte Herausforderung der US-Interessen, und es ist abzuwarten, ob es nur bei solchen Reaktionen bleibt, wie die Vorsprache des US-Außenministers im Mai 1973 war, bei welcher Gelegenheit er die neue Politik der "Nichtbevormundung" seitens der USA zu erklären versucht hatte.

+ + +



Internationale Nachrichten

Garcia Marques sprach in dem eingangs zitierten Interview von dem hohen politischen Bewußtsein der lateinamerikanischen Massen. Die besondere Situation Lateinamerikas ist tatsächlich das Ergebnis des Gesetzes der ungleichzeitigen Entwicklung des Kapitalismus, der Schaffung eines Industrieproletariats beispielsweise mit gleichzeitiger Stagnation des landwirtschaftlichen Bereichs, der Erhaltung postfeudalistischer Verhältnisse am Land, welche eine Radikalisierung der Kleinbauern provozieren. Die Forderungen und Kämpfe des Proletariats in Stadt und Land können daher weitgehend vereinheitlicht werden. Das war der Fall in Chile im Rahmen des "Poder popular" (Volksmacht). Das zeigt sich in den Bauernaufständen in Bolivien ebenso wie jüngst in Kolumbien, wo in verschiedenen Regionen des Landes massive Landbesetzungen durch besitzlose Bauern stattgefunden haben. Che Guevaras Landguerillakonzep- tion stellen also in Lateinamerika Ergänzungen, nicht Gegensätze dar zum Kampf der Massen um eine sozialistische Perspektive, die nur eröffnet werden kann, wenn die Macht der ausländischen Monopole gebrochen, der Einfluß des Imperialismus zurückgedrängt, also die eigentlichen Grundlagen der Gorillas, der starken Männer und der faschistischen Militärs erschüttert werden können. Das ist heute, mit Ausnahme einiger weniger Länder wie Lima und Peru, wo nationale Interessen wahrnehmende Militärregierungen an der Macht sind, ohne direkte Konfrontation mit der nackten, meist militärischen Gewalt kaum möglich.

Das zeigt sich auch in Argentinien nach dem Amtsantritt Perons. Die Anschläge, die von der argentinischen Reaktion, Heer, Polizei und "orthodoxen" Peronisten begangen wurden, zu denen die mafiaartig organisierte Gewerkschaftsbürokratie gehört, wurden von den Linkseperonisten unter erheblichen Opfern "eingesteckt", ohne daß ihre organisatorische Verbindung zu den Massen zerstört werden konnte

Aber Gegenoffensiven politischer Natur gelangen ihnen doch nur selten und blieben zudem weitgehend wirkungslos. Größere Erfolge konnten dafür die wieder aktiv gewordenen bewaffneten Formationen der Linken erzielen: die trotzkistische ERE und die peronistischen Guerillagruppen FAR, FAP und Montoneros richteten ihre Angriffe in erster Linie gegen die Vertreter ausländischer Konzerne und berüchtigte Gewerkschaftsbesse, die ihre Schlägertruppe gegen linke Gewerkschaftler und Arbeiter mobilisierten. Trotzdem Peron das Wirken dieser Guerillagruppen zum faden-scheinigen Anlaß nahm, um seine zunehmende repressive, alle fortschrittlichen Strömungen und Forderungen in der "Justizialistischen Bewegung" abwürgende Politik zu rechtfertigen, gelang es durch bestimmte Aktionen, Perons Darstellungen der Dinge und seine Bündnispartner zu entlarven. (ERP und FAP haben z. B. je einen Waffenhändler entführt, die bestätigen, was ausländischen Journalisten auch bereits aufgefallen ist, daß nämlich die "orthodoxen" Peronisten und die parapolizeilichen Terrorbanden von der CIA mitfinanziert werden.) Die Lage hat sich im Frühjahr bürgerkriegsähnlich zugespitzt. Daß Peron noch halbwegs Herr der Lage blieb, verdankt er seiner bewährten peronistischen Bündnispolitik. Er stützte sich immer mehr auf das Heer, die "gesäuberten" Gewerkschaften, den Unternehmerverband,

die "Union Civica Radical", der rechten Oppositionspartei des Landes und die ebenfalls von ihm "gesäuberte" Peronistische Partei. Unbestritten bleibt dabei, daß er seinen außenpolitischen Kurs mit bestimmten Akzenten versehen hat, die zweifellos Kuba zugutekamen, indem sie seine Isolierung, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet, erheblich milderten. Dafür kassierte Peron hohe Unterstützungskredite seitens der Sowjetunion und der mit ihr verbündeten Länder. Alles in allem entsprach aber auch diese Politik derselben Taktik, die er im Inneren anzuwenden versucht hatte: Linke gegen Rechte auszuspielen, scharfmacherische Methoden mit demagogischen Maßnahmen herabzumildern. Peron war niemals Sozialist, geschweige denn Marxist. Er war ein opportunistischer Demagoge mit den Eigenschaften eines Volkstribuns. Was von ihm bleiben wird, ist der Name, auf den sich bis jetzt alle politischen Kräfte im Land zu stützen versucht haben. Dieser Name verdankte seinen guten Klang im Volk vielen Maßnahmen, die unter seiner ersten Präsidentschaft eher aufs Konto seiner ersten Frau gingen, die im Land eine legendäre Gestalt geworden war. Mit der Übernahme der Amtsgeschäfte nach seinem Tod durch seine zweite Frau, die allen Illusionen über den Peronismus den letzten Garaus machen wird, dürfte auch der Name bald endgültig begraben werden. ●

Bestellkarte

ICH ABONNIERE "OFFENSIV LINKS" FÜR EIN JAHR

NAME

ADRESSE

PREIS: INLAND S 50, --

AUSLAND S 50, -- UND PORTO

BITTE AUSSCHNEIDEN UND AN

1040 WIEN, BELVEDEREGASSE 10 SCHICKEN.



Im Juli und August ist der Klub links, 1020 Wien, Odeongasse 1/Ecke Große Mohrengasse jeden Freitag ab 19 Uhr geöffnet.

Wie in der letzten offensiv links berichtet, findet am Neufelder-See unsere Sommerakademie statt.

Auskünfte erteilt : FÖJ-Sekretariat, 1040 Wien, Belvederegasse 10, Tel. : 65 19 52.



Gegen die Politik der Sozialpartnerschaft!

Für kämpferische Interessenvertretungen der Arbeiterklasse!

Den Klassenkampf offensiv führen!

UNSERE KANDIDATEN

Arbeiter :

Urban Kurt	BRO-Stellvertreter Wertheim
Stern Walter	BRO Goerz - Elektro
Resch Hans	BRO ÖMV-Tanklager Lobau
Zickler Gustl	Gewerkschaftssekretär
Vogt Friedrich	BR Schrack
Aurednik Edmund	BR Felten&Guillaume
Artner Karl	bis 21. Juli HUKLA
Nachtmann Hans	BR Wertheim
Heiselmayer Charly	WIBEBA-Bauring
Endlicher Maria	BR Anger
Urban Gustav	BR ÖMV-Tanklager Lobau
Graßler Norbert	Gebrüder Lang
Prager Karl	Bernhardt&Söhne
Dorner Hilde	Staatliche Versuchsanstalt
Pold Walter	Helm und Söhne

Angestellte :

Neuhaus Walter	BRO-Stellvertreter ÖMV-Tanklager Lobau
Schrems Georg	BR Sparkassenverlag
Lauber Walter	BRO Express
Heller Leopoldine	BR Siemens
Leitsmüller Bruno	BRO Wertheim
Makomaski Erich	BR Erste Allemeine Versicherung
Minnich Fritz	BRO-Stellvertreter Hübner Vamag
Szymura Margarethe	BR Ruthner
Margulies Hans	Loba Chemie
Mikolasch Franz	Gewerkschaftssekretär
Mayer Helmut	Terrag-Asdag
Dürr Heinz	Städtische Versicherung
Beer Rudi	BRO ÖMV Labor
Zinner Leopold	Reichert
Zottel Peter	BRO Eldorado

Arbeiterkammerwahl 29./30. September 1974
Gewerkschaftliche Einheit GE